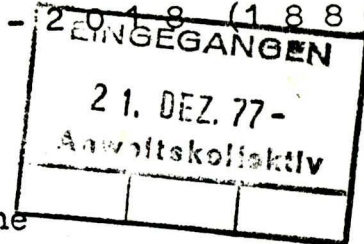


Abschrift

VII OVG B 22/77

10 D 176/76 - 10 D 175/76 - Schleswig

VII - 2048 (1880)



B e s c h l u ß

in der Verwaltungsrechtssache

1. des Schiffbaumeisters Erwin A h m l i n g, Brokdorf, Osterende,
2. des Landwirts Rudolf B o l t e n, Wewelsfleth, Hollerwetter, n,
3. des Landwirts Werner G ö t t s c h e, Wewelsfleth, Roßkopp 2,
4. des Landwirtschaftsmeisters Hans-Jürgen H a r d e r, Wewelsfleth, Hollerwetter, n 7,
5. des Landwirts Rolf H e l l e r i c h, Wewelsfleth, Beesen 6,
6. des Bau-Ingenieurs Werner M o l k e n t i n, Borsfleth, Büttel,
7. der Lehrerin Monica P a u l s e n, Brokdorf, Ahrenssee,
8. des Landwirts Albert R e i m e r, Wewelsfleth, Großwisch,
9. des Landwirtschaftsmeisters Heinrich V o ß, Wewelsfleth, Roßkopp 5,
10. des Landwirts Hans von der D e c k e n, Deckenhausen, Post Krummendeich,

Antragsteller und Beschwerdegegner,

- Prozeßbevollmächtigte zu 1 - 9: Rechtsanwälte Günnemann und Jacobi, Hamburg 19, Heußweg 35 -
- Prozeßbevollmächtigte zu 10: Rechtsanwälte Dr. Schröder und Bilzhause, Stade, Wallstraße 25 -

g e g e n

1. den Sozialminister des Landes Schleswig-Holstein in Kiel,
2. den Minister für Wirtschaft und Verkehr des Landes Schleswig-Holstein in Kiel,

Antragsgegner und Beschwerdeführer,

- Prozeßbevollmächtigte zu 1 und 2: Rechtsanwälte Hoffmann-Fölkersamb, Johansson, Matz und Peter, Kiel, Lorentzendam 40 ..

Beigeladene: 1. Nordwestdeutsche Kraftwerke AG, Hamburg 76, Schöne Aussicht 14,

2. Hamburgische Elektrizitätswerke AG, Hamburg 60, Überseering 12,

3. Kernkraftwerk Brokdorf GmbH, Hamburg 76,
Schöne Aussicht 14,

4. Kraftwerk Union AG, Erlangen, Hammerbacher-
straße 12-14,

- Prozeßbevollmächtigter zu 1.) - 3.): Rechtsanwalt Prof. Dr.
Fischerhof, Frankfurt 1,
Grillparzerstraße 41 -

- Prozeßbevollmächtigter zu 4.): Rechtsanwälte Redeker, Schön,
Dahs & Sellner, Bonn, Oxford-
straße 24 -

beteiligt: Der schleswig-holsteinische Vertreter des öffent-
lichen Interesses bei dem Obergerverwaltungsgericht
für die Länder Niedersachsen und Schleswig-Holstein
in Kiel,

w e g e n

Anfechtung einer atomrechtlichen Genehmigung
-Wiederherstellung der aufschiebenden Wirkung-.

Der VII. Senat des Obergerverwaltungsgerichts für die Länder
Niedersachsen und Schleswig-Holstein in Lüneburg hat auf
die mündliche Verhandlung vom 11. und 12. Oktober 1977 durch
den Vizepräsidenten des Obergerverwaltungsgerichts Hennig, die
Richter am Obergerverwaltungsgericht Sommer und Dr. Czajka sowie
die ehrenamtlichen Richter Dr. Stratmann und Dr. Struve am
17. Oktober 1977 beschlossen:

Die Beschwerden gegen die Beschlüsse des Schleswig-
Holsteinischen Verwaltungsgerichts - X. Kammer -
vom 9. Februar und 6. April 1977 werden mit folgen-
der Maßgabe zurückgewiesen:

Die aufschiebende Wirkung der Klagen gegen die
1. Teilgenehmigung für das Kernkraftwerk Brokdorf
vom 25. Oktober 1976 bleibt hinsichtlich der
Ziffern A V und VI angeordnet, bis ein prüffähig-
er Antrag für ein Zwischenlager zur Lagerung
abgebrannter Brennelemente gestellt und geologi-
sche Untersuchungen zum Nachweis der Eignung eines
bestimmten Standorts für die Endlagerung radio-
aktiver Abfälle eingeleitet sind.

Die Beigeladenen zu 1 - 4 tragen die Kosten des
Beschwerdeverfahrens zu je einem Viertel mit
Ausnahme der außergerichtlichen Kosten der
Antragsgegner. Die durch die Beauftragung pri-
vater Gutachter entstandenen außergerichtlichen
Kosten trägt jeder Beteiligte selbst.

Gründe

G r ü n d e

I.

Die Beigeladenen planen auf dem rechten Ufer der Unterelbe zwischen Strom-km 682 und 683 im Gebiet der Gemeinde Brokdorf den Bau und Betrieb eines Kernkraftwerks (Druckwasserreaktor) mit einer thermischen Leistung von 3.765 MW und einer elektrischen Leistung von 1.290 MW.

Mit Bescheid vom 25. Oktober 1976 erteilten ihnen die Antragsgegner die 1. Teilgenehmigung für

- die Aufspülung des Kraftwerkgeländes (A I),
- die Errichtung der Baustelle innerhalb der Baustellenumzäunung sowie der Baustellensicherung (A II),
- die Einrichtung einer Oberflächen-Wasserhaltung (offene Wasserhaltung) (A III),
- den Aushub des Bodens im Bereich des Reaktorgebäudes bis Unterkante Sauberkeitsschicht (A IV),
- die Herstellung der Großbohrpfähle als Gründung für das Reaktorgebäude (A V),
- die Herstellung der Pfahlkopfplatte des Reaktorgebäudes bis Unterkante Bauwerksabdichtung (A VI)

an dem für die Errichtung des Kernkraftwerks vorgesehenen Standort in Brokdorf. Zugleich ordneten sie "im öffentlichen Interesse und im überwiegenden Interesse der Antragsteller (der Beigeladenen)" die sofortige Vollziehung der Genehmigung an.

Hiergegen haben die Antragsteller, die in der Nähe des Kraftwerksgeländes wohnen, Klagen erhoben und gleichzeitig beantragt, die aufschiebende Wirkung ihrer Klagen wiederherzustellen.

Zur Begründung dieses Antrages haben sie vorgetragen:

Ihre

Ihre Antragsbefugnis ergebe sich daraus, daß sie wegen der Nähe ihrer Wohnungen sowie einiger von ihnen landwirtschaftlich genutzter Grundstücke zu dem geplanten Kernkraftwerk den künftigen Emissionen dieses Werkes ausgesetzt seien und schon jetzt durch den Baulärm sowie die Beleuchtung des Baugeländes in ihrer Gesundheit beeinträchtigt würden; auch werde die Errichtung des Kraftwerkes einen Wertverlust für ihre Grundstücke zur Folge haben. Bei unmittelbar an das Baugelände grenzenden landwirtschaftlichen Flächen sei eine Absenkung zu befürchten.

Sie seien in ihren Rechten durch den voraussichtlichen Normalbetrieb des Kernkraftwerkes betroffen. Die Beeinträchtigung ihrer Rechte könnten sie auch gegen die 1. Teilgenehmigung geltend machen. Mit dieser Teilgenehmigung sei eine Entscheidung über den Standort des Kernkraftwerkes getroffen worden. Sie müßten daher gegen die Genehmigung alle den Standort betreffenden Einwendungen vorbringen können.

Die Teilgenehmigung sei rechtswidrig, weil sie unter Verstoß gegen verfahrensrechtliche Vorschriften zustande gekommen sei. Sie sei auch materiell rechtswidrig. Die Antragsgegner seien unter Verkenntung ihres Ermessensspielraums davon ausgegangen, daß es sich hierbei um einen gebundenen Verwaltungsakt handle. Aus dem Bescheid sei nicht zu entnehmen, daß sie Ermessenserwägungen angestellt hätten. Die Genehmigung verstoße ferner gegen Vorschriften des Bauplanungsrechts. Ihr liege ein wegen Verstoßes gegen das Abwägungsgebot fehlerhafter Flächennutzungsplan zugrunde. Die Teilerrichtungsgenehmigung sei auch aus atomrechtlichen Gründen rechtswidrig. Sie hätte zum gegenwärtigen Zeitpunkt überhaupt noch nicht erlassen werden dürfen. Denn es könne - auch vorläufig - noch nicht festgestellt werden, daß bei dem Betrieb des Kernkraftwerks die nach dem Stand von Wissenschaft und Technik erforderliche Vorsorge getroffen sei. Die entscheidende Vorfrage der radioaktiven und thermischen Vorbelastung des gewählten Standortes sei nämlich noch ungeklärt. Die Teilgenehmigung verlange insoweit noch ein Meßprogramm. Ohne eingehende Ermittlungen der am Standort bestehenden Vorbelastungen könnten

die zulässigen Emissionswerte nicht festgesetzt werden. Vorbelastungen bestünden namentlich durch die von dem benachbarten Kernkraftwerk Brunsbüttel ausgehenden Einleitungen radioaktiver Stoffe in die Luft und das Wasser der Elbe sowie durch die hierdurch verursachte Erwärmung des Elbewassers. Hierbei sei besonders bedenklich, daß noch kein Gesamtlastplan für die Unterelbe existiere. Ferner sei das zentrale Problem der Entsorgung noch nicht annähernd gelöst. Solange man noch nicht wisse, wie die radioaktiven Abfallstoffe unschädlich zu machen seien, könne man nicht die nach dem Stand von Wissenschaft und Technik erforderliche Vorsorge gegen Schäden treffen. Im übrigen fehle es an hinreichenden Erfahrungen mit Leichtwasserreaktoren von der Größe des hier geplanten. Auch sei bei einer Inbetriebnahme des Kraftwerks zu erwarten, daß die nach der Strahlenschutzverordnung zulässige Belastung weit überschritten werde.

Die Anordnung der sofortigen Vollziehung sei offensichtlich rechtswidrig, weil die durch § 80 Abs. 2 Nr. 4 iVm Abs. 3 VwGO gebotene Interessenabwägung überhaupt nicht stattgefunden habe. Von den Interessen der Betroffenen an der Erhaltung der aufschiebenden Wirkung ihrer Rechtsmittel sei in dem Bescheid nicht die Rede. Das öffentliche Interesse sei fehlerhaft gewürdigt worden. Nach den von den Antragsgegnern vorgelegten Zahlen bestehe kein Bedarf an zusätzlichen Kraftwerken, geschweige denn an Kernkraftwerken. Die Annahme eines ständig wachsenden Strombedarfs beruhe auf einer unzulässigen Verlängerung früherer Entwicklungstendenzen in die Zukunft hinein. Tatsächlich beständen gegenwärtig erhebliche Überkapazitäten in der Stromerzeugung. Es gebe keinen Beweis für eine größere Wirtschaftlichkeit von Kernkraftwerken. Sie führten nicht zur Vermehrung, sondern wegen des größeren Automatisierungsgrades der mit Strom belieferten Industrie zur Verringerung von Arbeitsplätzen. Die Rohstoffabhängigkeit werde durch sie nicht behoben, sondern nur verlagert. Im Vergleich mit den wirtschaftlichen Interessen der Betreiber verdienten die Interessen der Nachbarn an der Verhinderung vollendeter Tatsachen vor der Entscheidung über ihre Klage den Vorzug.

Die Antragsgegner haben die Ablehnung des Aussetzungsantrags beantragt und entgegnet:

Die Antragsteller seien nicht klagebefugt. Sie seien durch die Genehmigung, die zu einem großen Teil nur vorbereitende Arbeiten betreffe, in ihren Rechten nicht betroffen. Es sei nicht zu erwarten, daß durch den geringen Umfang dieser Arbeiten spätere Entscheidungen im Rahmen des Genehmigungsverfahrens bewußt oder unbewußt beeinflusst werden könnten. Setzungsschäden seien durch die Gründungsarbeiten nicht zu befürchten. Vorübergehende baubedingte Beeinträchtigungen müßten hingenommen werden. Die Teilerrichtungsgenehmigung sei formell und materiell rechtmäßig. Die Verfahrensvorschriften seien eingehalten worden. Die Antragsgegner hätten auch ihr Ermessen ordnungsgemäß ausgeübt. Der Flächennutzungsplan der Gemeinde Brokdorf verstoße in keiner Weise gegen das Abwägungsgebot. Die Genehmigung habe erteilt werden dürfen, da die atomrechtlichen Voraussetzungen dafür erfüllt gewesen seien. Die radiologische Belastung in der Nähe des Kernkraftwerkes bleibe unterhalb der in der Bundesrepublik Deutschland zugelassenen Grenzwerte. Die Belastung sei unter Berücksichtigung der gesamten Vorbelastung errechnet worden. Sie werde voraussichtlich bei 1 mrem/a infolge Ableitung mit der Fortluft, 2,5 mrem/a infolge Ableitung mit dem Abwasser und 16 mrem/a Schilddrüsenbelastung liegen. Eine thermisch-physikalische Vorbelastung der Elbe im Raum Brokdorf durch das Kernkraftwerk und die künftige Industrieansiedlung bei Brunsbüttel sei bei den Untersuchungen berücksichtigt worden. Eine Verschlechterung des derzeitigen Zustandes der Elbe werde durch Kühlwassereinleitung aus dem Kraftwerk nicht eintreten.

Über Leichtwasserreaktoren lägen ausreichend weltweite Erfahrungen vor. Nach dem heutigen Stand von Wissenschaft und Technik sei davon auszugehen, daß auch für die Frage der Entsorgung keine technologischen Barrieren mehr beständen, so daß nur noch die Standortfrage der zentralen Entsorgung zu klären sei.

Die sofortige Vollziehung sei ohne Ermessensfehler angeordnet worden. Selbstverständlich habe eine Interessenabwägung stattgefunden, bei der auch die Interessen der Nachbarn gebührend berücksichtigt worden seien. Das überwiegende öffentliche Interesse an der Gewährleistung einer ausreichenden Stromversorgung habe in Anbetracht der ständig länger werdenden Bauzeiten den

sofortigen

sofortigen Baubeginn erforderlich gemacht. Der künftige Strombedarf sei richtig errechnet worden. Bei der Errechnung der gegenwärtig vorhandenen Kapazitäten sei zu berücksichtigen, daß ein Teil der vorhandenen konventionellen Kraftwerke längst hätte stillgelegt werden müssen.

Die Beigeladenen zu 1 - 3 haben ebenfalls die Ablehnung des Aussetzungsantrags beantragt und vorgetragen, den Antragstellern fehle für dieses Verfahren die Antragsbefugnis. Im Aussetzungsverfahren sei vom Gegenstand der angefochtenen Teilgenehmigung auszugehen, und diese habe nichts zum Inhalt, was den Antrag rechtfertigen könne. Der Rechtsschutz gegenüber künftigen Genehmigungen werde durch die 1. Teilgenehmigung nicht eingeschränkt. Die Nähe der Anlage zu den Wohnsitzen der Antragsteller gebe zu Bedenken keinen Anlaß. Bei den in Betrieb befindlichen Kernkraftwerken in der Bundesrepublik Deutschland lebten große Bevölkerungsteile in unmittelbarer Nähe, ohne daß eine Gefährdung im Normalbetrieb oder bei Störfällen anzunehmen sei. Soweit einige Antragsteller sich durch die Bauarbeiten belastigt fühlten, erwüchse ihnen allenfalls ein Anspruch auf Entschädigung; dies gebe aber keinen Grund, den Bau stillzulegen.

Die behaupteten Verfahrensverstöße im Genehmigungsverfahren seien unbeachtlich, da den Antragstellern der volle Rechtsschutz vor den Gerichten dadurch nicht beschränkt worden sei. Die Genehmigungsbehörde habe ihren Ermessensspielraum nicht verkannt. Das Vorbringen, die Genehmigungsbehörde habe sich ein vorläufiges Gesamturteil noch nicht bilden können, lasse außer acht, daß die angefochtene Genehmigung ausdrücklich keinen Rechtsanspruch auf weitere Genehmigungen, einschließlich der Konzeptgenehmigung begründe, und weitere Auflagen vorbehalten blieben. Einwendungen wegen der künftigen "Entsorgung" des Kernkraftwerkes könnten nicht Gegenstand dieses Rechtsstreits sein, da sie - wie alle nuklearen Tätigkeiten - nicht Gegenstand des angefochtenen Bescheides seien. Gleichwohl sei in den Gründen des Bescheides die Entsorgung bereits im einzelnen dargelegt. Das überwiegende öffentliche Interesse an dem Sofortvollzug dieser 1. Teilgenehmigung bestehe darin, daß mit

der Ausführung der genehmigten ersten Arbeiten sofort begonnen werden müsse, um den zeitgerechten Anschluß an weitere selbständige Teilgenehmigungen zu schaffen und damit rechtzeitig die öffentliche Versorgung sicherzustellen. Für die Beigeladenen hätte eine Verzögerung der Bauarbeiten zur Folge, daß für jeden Monat verspäteter Inbetriebnahme Mehrkosten in Höhe von mehreren Millionen DM entstünden. Unabhängig von diesen finanziellen Auswirkungen sei die Stellung der Beigeladenen als Unternehmen der öffentlichen Energieversorgung zu berücksichtigen, welche die unmittelbare Verantwortung für die Sicherstellung der Energieversorgung trügen. Aus dieser Verantwortung heraus müßten sie sich bei ihrer Bedarfsschätzung an der oberen Grenze bewegen. Die Einwendungen der Antragsteller gegen diese Bedarfsschätzungen seien sachlich nicht fundiert.

Die Beigeladene zu 4 hat sich diesem Vorbringen angeschlossen und gleichfalls die Ablehnung des Aussetzungsantrages beantragt.

Auch der Vertreter des öffentlichen Interesses des Landes Schleswig-Holstein ist diesem Antrag entgegengetreten.

Mit Beschlüssen vom 9. Februar und 6. April 1977 hat das Verwaltungsgericht die aufschiebende Wirkung der Klagen mit folgender Begründung wiederhergestellt:

Der Aussetzungsantrag sei zulässig. Die Antragsteller seien klagebefugt. Dem stehe nicht entgegen, daß Gefahren erst nach Inbetriebnahme der Anlage entstehen könnten. Denn die Genehmigungsbehörde habe schon bei der Entscheidung über die einzelnen Teilgenehmigungen die möglichen Folgen des Betriebes der Anlage zu prüfen. Die hierbei zu beachtenden Vorschriften dienten auch dem Nachbarschutz. Der Aussetzungsantrag sei auch begründet. Die Überprüfung der Sach- und Rechtslage ergebe so erhebliche Zweifel an der Rechtmäßigkeit der Genehmigung, daß die Wiederherstellung der aufschiebenden Wirkung geboten erscheine. Die bereits bei Erteilung dieser Teilungsgenehmigung erforderliche vorläufige Gesamtbeurteilung der Anlage schließe auch die Frage der "Entsorgung" ein, die notwendig zum Betriebe der Anlage gehöre. Dies

zeige

zeige auch die vergleichbare Regelung des Bundes-Immissions-schutzgesetzes (§ 5 Nr. 3). Die weite Auslegung des atomrechtlichen "Betriebs"-Begriffes sei schon von dem vorrangigen Schutzzweck des Atomgesetzes her geboten, denn nur bei dieser Auslegung sei sichergestellt, daß auch bezüglich der durch den Betrieb unumgänglich entstehenden neuen Gefahren der Schutz von Leben, Gesundheit und Sachgütern sichergestellt sei. Die Antragsgegner hätten bei der Erteilung der 1. Teilungsgenehmigung das Entsorgungsproblem in ihre Entscheidungsüberlegungen nicht einbezogen. Diese Frage sei im Entscheidungsteil des Bescheides völlig ungeprüft geblieben. Auch im gerichtlichen Verfahren hätten die Antragsgegner die Meinung vertreten, daß diese Frage keine Berücksichtigung finden könne, da sie nicht Gegenstand dieses Bescheides sei. Da sie somit von falschen rechtlichen Voraussetzungen ausgegangen seien, sei die von ihnen getroffene Ermessensentscheidung schon deshalb fehlerhaft. Hierdurch seien die Antragsteller in ihren Rechten betroffen. Denn wenn die Abfälle wegen fehlender anderer Möglichkeiten im Kernkraftwerk verbleiben müßten, könne sich das sie betreffende Gefährdungspotential erhöhen.

Gegen diese Beschlüsse haben die Beigeladenen fristgerecht Beschwerde erhoben.

Die Beigeladenen zu 1-3 machen geltend: Das Verwaltungsgericht habe zu Unrecht die Klagebefugnis der Antragsteller bejaht. Es habe hierdurch vorbeugenden Rechtsschutz gegen künftige Verwaltungsakte gewährt. Dem seien jedoch enge Grenzen gesetzt. Ein Rechtsschutz gegen "künftiges Unrecht" könne nur eingreifen, wenn es keine anderen Möglichkeiten gebe oder irreversible Schäden für den Rechtsuchenden eintreten. Beides liege hier nicht vor, da alle künftigen Genehmigungen, insbesondere über den Einsatz nuklearer Stoffe, ausdrücklich vorbehalten seien und kein Anspruch auf weitere Teilgenehmigungen bestehe. Daher bestehe auch nicht die Gefahr der Schaffung vollendeter Tatsachen, durch die der Rechtsschutz der Antragsteller unterlaufen würde. Auch materiell sei der angefochtene Beschluß fehlerhaft.

Die

Die "Entsorgung" gehöre nicht zum Betrieb der Anlage und sei darum auch nicht Gegenstand der Anlagengenehmigung, sondern eines besonderen Verfahrens. Jedenfalls werde die Frage der Entsorgung nicht schon bei der 1. Errichtungsgenehmigung, sondern erst bei der Betriebsgenehmigung akut. Was die Lagerung abgebrannter Brennelemente innerhalb der Anlage betreffe, so sei auch diese Gegenstand einer späteren Teilgenehmigung, die selbständig anfechtbar sei. Selbst wenn man einen Nachweis der Vorsorge für die Entsorgung fordern wollte, so sei dieser Nachweis nach den zur Zeit gegebenen Möglichkeiten und nach dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit erbracht. Die in dem angefochtenen Beschluß angelegten Maßstäbe dafür seien unangemessen und fehlerhaft. Die Genehmigungsbehörden hätten auf Grund der neuen gesetzlichen Bestimmungen die Frage der Entsorgung geprüft. Dies ergebe sich aus dem in den Verwaltungsvorgängen enthaltenen Schriftwechsel. Hierbei dürfe nicht verkannt werden, daß die "Entsorgung" für das Kernkraftwerk Brokdorf erst nach Mitte der 80er Jahre aktuell werde. Im übrigen hätten die Beigeladenen insoweit die nach dem Stande von Wissenschaft und Technik erforderliche Vorsorge getroffen. Nach dem derzeitigen Stand von Wissenschaft und Technik seien verschiedene Verfahren zur Herstellung eines endlagerfähigen Produktes aus hochaktiven Abfallstoffen so weit erprobt, daß eine gefahrlose Endlagerung sämtlicher beim Betrieb eines Kernkraftwerkes anfallenden Abfälle möglich sei. Die Wiederaufbereitung bestrahlter Brennelemente sei keine notwendige Voraussetzung für die Endlagerung radioaktiver Reststoffe. Indessen sei auf Grund der langjährigen Erfahrungen mit solchen Anlagen im Ausland die Technologie so weit entwickelt, daß eine Wiederaufbereitungsanlage mit einem Durchsatz von 1.400 t/a realisiert werden könne. Auf Grund der über fünfzehnjährigen Arbeiten an einem Endlagerkonzept durch die Gesellschaft für Strahlen und Umweltforschung könne festgestellt werden, daß in Salzstöcken Norddeutschlands ideale Voraussetzungen für eine Endlagerung gegeben seien. Auch wenn eine abschließende

Aussage

Aussage über die Eignung eines konkreten Salzstockes erst durch Bohrungen und Grubenaufschlüsse gesichert werden könne, bestünden in der Fachwelt keine Zweifel, daß in der Bundesrepublik geeignete Salzformationen vorhanden seien, die eine wartungsfreie, gefahrlose Endlagerung hochradioaktiver Abfälle technisch ermöglichten. Bis zur Fertigstellung des Endlagers sei die Zwischenlagerung der abgebrannten Brennelemente auf dem Kraftwerksgelände möglich. Die Lagerkapazitäten reichten für 8 - 10 Betriebsjahre. Eine kritische zeitliche Grenze für eine solche Zwischenlagerung bestehe aus technischer Sicht nicht. In den USA würden vergleichbare Brennelemente bereits seit über zehn Jahren schadlos gelagert. Nach den experimentellen und theoretischen Kenntnissen über die äußere und innere Korrosion der Brennstabhüllrohre könnten die Lagerzeiten auf mindestens 30 Jahre verlängert werden. Falls danach einzelne Brennstäbe oder -elemente schadhaft werden sollten, könnten sie in Edelstahlkapseln eingebracht und im Lagerbecken praktisch unbegrenzt gelagert werden.

Die Teilgenehmigung sei auch fehlerfrei, soweit durch sie eine die Genehmigungsbehörde bindende Entscheidung über den Standort getroffen worden sei. Das in der Strahlenschutzverordnung verankerte Mindestbelastungsgebot verbiete nicht, ein Kernkraftwerk in der Nähe eines anderen zu errichten, sofern sichergestellt sei, daß die Belastungsgrenzwerte durch das Zusammenwirken beider Strahlenquellen nicht überschritten würden.

Die Beigeladene zu 4) teilt die Auffassung der übrigen Beigeladenen. Sie faßt ihr Vorbringen zur Frage der Endlagerung dahin zusammen, daß die Verfügbarkeit geeigneter Verfahren zur schadlosen Verwertung radioaktiver Reststoffe und zur Endlagerung hochaktiver Abfälle im Rahmen des Zeitplanes des deutschen Entsorgungszentrums nicht eine Frage der Hoffnung, sondern teils bereits gesicherter Stand der Technik, teils durch Laborversuche und theoretische Untersuchungen so weit abgesichert sei, daß grundsätzliche Zweifel an der großtechnischen Realisierbarkeit nicht beständen.

In gleicher Weise haben sich die Antragsgegner geäußert.

Der Vertreter des öffentlichen Interesses hat sich der Beschwerde der Beigeladenen angeschlossen und wie diese beantragt, den Beschluß des Verwaltungsgerichts aufzuheben und den Aussetzungsantrag abzulehnen. Er teilt die von den Beigeladenen vertretene Rechtsauffassung.

Die Antragsteller beantragen,

die Beschwerde zurückzuweisen.

Sie halten die Beschwerden der Beigeladenen nach § 80 Abs. 6 Satz 2 VwGO für unzulässig. Die Antragsteller und die Beigeladenen ständen sich hier - anders als in dem vom Bundesverfassungsgericht entschiedenen Fall - nicht gleichberechtigt gegenüber. Die Interessen der Beigeladenen seien nichtgleichrangig mit dem Recht der Antragsteller auf Leben und Gesundheit. Auch seien die Beigeladenen, mächtige und einflußreiche Wirtschaftsunternehmen, im überwiegenden Eigentum der öffentlichen Hand. Sie hätten nicht nur auf die Entscheidung der Behörde, sondern auch auf den Inhalt des Genehmigungsbescheides im einzelnen Einfluß genommen, indem sie die Begründung für den Sofortvollzug geliefert hätten. Die Antragsgegner seien kraft Gesetzes vom Beschwerdeverfahren ausgeschlossen, ihr Vorbringen daher vom Gericht nicht zu beachten.

Die Beschwerden seien unbegründet. Die Anordnung der sofortigen Vollziehung der 1. Teilerrichtungsgenehmigung habe gegen das Grundrecht der Antragsteller auf umfassenden Rechtsschutz gemäß Art. 19 Abs. 4 GG verstoßen. Der Sofortvollzug sei aus sachfremden Erwägungen angeordnet worden, nachdem die Antragsgegner keine Einigung mit der Bürgerinitiative "Umweltschutz Unterelbe" darüber erzielt haben, den Beginn der Bauarbeiten von der ersten Verwaltungsgerichtsentscheidung abhängig zu machen. Art. 19 Abs. 4 GG sei auch deswegen verletzt, weil Genehmigungsbehörden und Betreiber in atomrechtlichen Verfahren den Rechtsschutz der Betroffenen grundsätzlich nicht in ihre Überlegungen einbezögen,

sondern

sondern von vornherein von der Anordnung der sofortigen Vollziehung ausgingen. Eine derartige Verwaltungspraxis habe das Bundesverfassungsgericht (BVerfGE 35, 382/402) bereits als mit der Verfassung nicht vereinbar bezeichnet.

Die Beschwerde sei auch deshalb zurückzuweisen, weil der Bescheid der Antragsgegner rechtswidrig sei und die Beigeladenen die sofortige Vollziehung dieses rechtswidrigen Bescheides nicht beanspruchen könnten.

Die in dem Bescheid enthaltene Standortentscheidung verstoße gegen das Mindestbelastungsgebot, indem er eine Kumulation der Strahlenbelastungen durch die Kraftwerke Brunsbüttel und Brokdorf zulasse, die durch die Einhaltung der erforderlichen Abstände hätte vermieden werden können. Der Bescheid sei rechtswidrig, weil die erforderliche Vorsorge gegen Schäden nicht getroffen sei. In diese Vorsorge seien die in der Anlage verbleibenden radioaktiven Stoffe einzubeziehen. Auch wenn die Lagerkapazität auf dem Kernwerksgelände noch nicht erschöpft sei, müsse die gefahrlose Schadstoffbeseitigung gesichert sein. Die Lagerung von Brennelementen über längere Zeit stelle eine erhebliche Gefährdung dar. Die Brennelemente korrodierten nach einer gewissen Zeit und setzten, da sie unter hohem Druck ständen, ihr gesamtes radioaktives Potential frei. Die Anlage sei nicht dazu ausgelegt, die Freisetzung des gesamten radioaktiven Potentials einiger Tonnen abgebrannter Brennstoffe zu beherrschen. Zu der erforderlichen Vorsorge gegen Schäden müsse es gehören, diesen Fall nicht eintreten zu lassen. Daher müsse feststehen, daß die schadlose Beseitigung der radioaktiven Abfallstoffe vor der möglichen Korrosion der Brennelemente durchgeführt werde. Es stehe aber keinesfalls fest, daß die Schadstoffe aus dem Betrieb der Anlage in rechtlich zulässiger Weise beseitigt werden könnten. Bei der Atomindustrie existiere allenfalls das Bewußtsein, das Problem der Entsorgung lösen zu müssen, weil sonst die Atomindustrie eingestellt werden müsse. Nach dem derzeitigen Stand von Wissenschaft und Technik seien die gefahrlose Zwischenlagerung, die Wiederaufbereitung und die gefahrlose Endlagerung von hochradioaktiven Abfallprodukten nicht möglich. Großtechnische Verfahren hierzu seien bisher nicht erprobt. Deshalb sei es nicht gesichert, daß die beim Betrieb des

Atomkraftwerkes

Atomkraftwerkes Brokdorf anfallenden hochradioaktiven Abfälle gefahrlos beseitigt werden könnten. Es bestehe auch keine Gewähr dafür, daß eine gefahrlose Endlagerung in der Bundesrepublik möglich sei.

Überdies sei die Baugründung für das Reaktorgebäude nicht ausreichend. Sie entspreche nicht den Regeln der Baukunst. Darüber hinaus sei sie zu knapp dimensioniert, um nachträglich erforderliche zusätzliche Belastungen aufzunehmen, die sich aus erforderlichen Sicherungsmaßnahmen ergäben. Die möglichen Setzungsunterschiede seien nicht ausreichend berücksichtigt; die in dem zugrunde liegenden Gutachten enthaltenen Angaben zur horizontalen Tragfähigkeit entsprächen nicht den allgemeinen Regeln der Baukunst und lägen nicht eindeutig auf der "sicheren Seite". Die unzureichende Baugründung lasse es auch nicht zu, den erforderlichen Berstschutz zu bauen. Auch sei es nicht möglich, den zur Verhinderung von Schäden im Falle des Durchschmelzens des Reaktorkerns notwendigen Core-catcher einzubauen. Auch sei die Anlage nicht in ausreichender Weise gegen Bodenbewegungen sowie gegen Flugzeugabstürze ausgelegt. Schon jetzt stehe endgültig fest, daß der erforderliche Schutz gegen Einwirkungen Dritter nicht gewährleistet sei. Im Kriegsfall sei das Atomkraftwerk nicht gegen Feindeinwirkungen geschützt.

Bei der Abwägung der entgegenstehenden Interessen könnten die Beigeladenen nicht das öffentliche Interesse an einer gesicherten Stromversorgung geltend machen, sondern allein ihr wirtschaftliches Interesse an einer Gewinnmaximierung. Dieses Interesse sei jedoch nicht schützenswert. Die Beigeladenen hätten ihr bereits investiertes Kapital aufgewendet, obwohl sie mit der Erteilung einer Genehmigung nicht hätten rechnen dürfen.

Wegen des weiteren Vorbringens der Beteiligten wird auf ihre Schriftsätze sowie auf die von ihnen eingereichten

Gutachten und Materialien (Beiakten Q, R, S, T, U und Anlagen zu Bl. 484, 515 und 627 der Gerichtsakten) verwiesen.

Dem Gericht haben ferner die Verwaltungsvorgänge der Antragsgegner (Beiakten A - L) sowie der Sicherheitsbericht der Beigeladenen zu 1) (Beiakten M, N) vorgelegen.

II.

Die Beschwerden sind zulässig.

1. Die Beigeladenen konnten trotz des Wortlautes des § 80 Abs. 6 Satz 2 VwGO Beschwerde gegen den Beschluß des Verwaltungsgerichts erheben. Nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts (BVerfGE 35, 263) gebietet Art. 3 GG die Zulassung ^{der Beschwerde} des begünstigten Dritten dann, wenn dieser und der durch den Verwaltungsakt Belastete sich als Bürger mit ihren jeweiligen Individualinteressen gleichberechtigt gegenüberstehen. Wenn die Antragsteller aus dieser Rechtsprechung die Unzulässigkeit der Beschwerde ableiten, weil sie und die Beigeladenen sich weder rechtlich noch tatsächlich gleichberechtigt gegenüberständen, so kann dem nicht gefolgt werden. Ob Beteiligte sich in einem Verfahren "gleichberechtigt" gegenüberstehen, bestimmt sich nicht nach dem Rang der von ihnen vertretenen Interessen oder nach ihrer wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Stellung. Vielmehr geht es hierbei allein um die auch der Unterscheidung von öffentlichem und privatem Recht zugrunde liegende Frage, ob einer der Beteiligten einseitig in die Rechtsstellung des anderen eingreifen darf oder ob er hierzu eines gerichtlichen Titels bedarf.

Der Senat hat demzufolge keine Bedenken gehabt, die Beschwerde des durch eine immissionsschutzrechtliche Genehmigung begün-

stigten

stigten Unternehmers gegen einen Aussetzungsbeschluß zuzulassen (vgl. Beschl. v. 28.12.1976 - VII OVG B 78/75 - GewArch. 1977, 126; DVBl 1977, 347/"Dow Chemical").

Für die Beschwerde eines Energieversorgungsunternehmens in einem atomrechtlichen Verfahren kann nichts anderes gelten.

Daran ändert auch der Umstand nichts, daß nach Angaben der Antragsteller der Staat und andere Körperschaften des öffentlichen Rechts als Aktionäre oder Gesellschafter an den Beigeladenen beteiligt sind. Wie der Bayerische Verwaltungsgerichtshof (Beschl. v. 22.11.1974, DVBl 1975, 199) zutreffend entschieden hat, führt dies nicht zu einer Inkorporation der privatrechtlichen Gesellschaft in den "Staat als einheitlicher Hoheitsträger" (BVerfGE 35, 263/276), dem auch dann nicht die Beschwerde gegen einen Beschluß nach § 80 Abs. 5 VwGO gestattet ist, wenn er durch den Hoheitsakt "begünstigt" ist. Da es hierbei allein auf die (privat-)rechtliche Stellung des Begünstigten ankommt, ist es auch unerheblich, daß die Beigeladenen sichtbaren Einfluß auf das Zustandekommen und die Begründung der Teilgenehmigung genommen haben.

2. Entgegen der Meinung der Antragsteller läßt sich aus der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts und aus dem Wortlaut und Sinn des § 80 Abs. 6 Satz 2 VwGO nicht herleiten, daß die Antragsgegner im Beschwerdeverfahren nicht mehr beteiligt sind. Zwar könnten die Antragsgegner - wenn die Beigeladenen dies nicht getan hätten - nicht von sich aus Beschwerde gegen den Beschluß des Verwaltungsgerichts erheben. Das Gesetz verlangt von der Verwaltungsbehörde, sich mit dem Aussetzungsbeschluß des erstinstanzlichen Gerichts abzufinden. Die Behörde ist nicht in der Lage, eine Überprüfung

dieses

dieses Beschlusses durch das Oberverwaltungsgericht herbeizuführen. Wird aber dieses Gericht durch die statthafte Beschwerde eines anderen Beteiligten mit der Sache befaßt, so wird damit das Verfahren so, wie es in erster Instanz anhängig war, auf die zweite Instanz verlagert. Dies bedeutet, daß im Beschwerdeverfahren dieselben Beteiligten mitwirken wie im erstinstanzlichen Verfahren. Hierzu gehört auch die Behörde. Da Gegenstand auch des Beschwerdeverfahrens der von dieser Behörde erlassene Verwaltungsakt bzw. seine von jener Behörde angeordnete sofortige Vollziehung sind, geht es nicht an, über die Rechtmäßigkeit der behördlichen Maßnahme in einem gerichtlichen Verfahren zu entscheiden, an welchem diese Behörde nicht beteiligt ist. Der Grundsatz des rechtlichen Gehörs, das auch die Behörde im Verwaltungsstreitverfahren beanspruchen darf, gebietet, der Behörde im Beschwerdeverfahren Gelegenheit zur Äußerung zu geben.

Ob auch der Vertreter des öffentlichen Interesses selbständig beschwerdebefugt ist, kann hier dahinstehen. Jedenfalls kann er sich den zulässigen Beschwerden der Beteiligten anschließen.

B) Die Beschwerden sind im wesentlichen unbegründet.

1.a) In formeller Hinsicht bestehen gegen die Vollzugsanordnung keine Bedenken. Dem Begründungserfordernis des § 80 Abs. 3 VwGO ist genügt. In dem Bescheid ist auf zehn Seiten dargelegt, welche öffentlichen Interessen und besonderen Interessen der Beigeladenen nach Auffassung der Antragsgegner die sofortige Vollziehung verlangten. Unschädlich ist, daß in diesem Zusammenhang die entgegenstehenden Interessen der Antragsteller - auf deren Einwendungen an anderer Stelle eingegangen wurde - nicht ausdrücklich Erwähnung finden. Zwar ist nach § 80 Abs. 3 iVm Abs. 2 Nr. 4 VwGO das "überwiegende" Interesse eines Beteiligten an der sofortigen Vollziehung

zu begründen; ein "überwiegendes" Interesse aber läßt sich nur durch Vergleich und Abwägung mit einem minder gewichtigen Interesse feststellen. Die Behörde braucht indessen den Abwägungsvorgang nicht im einzelnen in der Vollzugsbegründung darzulegen. Es genügt, wenn sich aus dem Sinnzusammenhang ergibt, daß sie das besondere Interesse der Beigeladenen höher einschätzt als die Interessen der Nachbarn. Dies ist hier der Fall. Aus der Begründung der Vollzugsanordnung geht unmißverständlich hervor, daß die Antragsgegner die wirtschaftlichen Interessen der Beigeladenen und das aus Gründen der Energieversorgung zugleich bestehende öffentliche Interesse an einem möglichst raschen Baubeginn für wichtiger als die gegenteiligen Interessen der Antragsteller gehalten haben. Wenn es im vorliegenden Fall auch wünschenswert gewesen wäre, den Lesern des Bescheides zu ermöglichen, die Interessenabwägung im einzelnen nachzuvollziehen, so ist jedenfalls dem gesetzlichen Begründungserfordernis auch dann Rechnung getragen, wenn wie hier das Ergebnis dieser Abwägung aus der Begründung zu ersehen ist.

Das ist doch nicht zu glauben!

Wenn in der Begründung der Vollzugsanordnung eine Ausein-
setzung mit den Nachbarinteressen fehlt, so ist daraus auch
nicht zu entnehmen, daß die Antragsgegner die Notwendigkeit,
diese Interessen mit denen der Beigeladenen und dem öffent-
lichen Interesse abzuwägen, nicht gesehen und darum ermessens-
fehlerhaft gehandelt haben. Da sich die Antragsgegner im Laufe
des Genehmigungsverfahrens in vielfältiger Weise mit den
Argumenten der Antragsteller und zahlreicher anderer Einwender
auseinanderzusetzen hatten, ist auszuschließen, daß sie sich
der Notwendigkeit einer Auseinandersetzung mit den dahin-
stehenden Interessen bei der Anordnung der sofortigen Vollziehung
nicht bewußt waren.

Da Trätkernem zeigte etwas anderes!

b) Die Anordnung der sofortigen Vollziehung ist nicht schon
deswegen von vornherein rechtswidrig, weil von ihr in atomrecht-
lichen Genehmigungsverfahren regelmäßig Gebrauch gemacht wird
und sie daher in diesen Verfahren nicht mehr eine Ausnahme,
sondern

sondern die Regel darstellt (a.A. VG Freiburg, Beschl. v. 14.3.1975, DVBl. 1975, 343/345).

Allerdings hat das Bundesverfassungsgericht wiederholt betont, die aufschiebende Wirkung der Klage sei ein fundamentaler Grundsatz des öffentlich-rechtlichen Prozesses; die aufschiebende Wirkung der Klage sei deshalb die Regel, die sofortige Vollziehung eines Verwaltungsaktes bilde demgegenüber die Ausnahme, die jeweils einer besonderen Regelung bedürfe (BVerfGE 35, 263, 272 f.). Eine Verwaltungspraxis, die dieses Regel-Ausnahme-Verhältnis umkehrte, und eine Rechtsprechung, die eine solche Praxis billigte, wären mit der Verfassung nicht vereinbar (BVerfGE 35, 382/402). Diese Sätze können jedoch nicht isoliert betrachtet, sondern müssen im Zusammenhang mit dem Gegenstand der jeweiligen Entscheidungen gesehen werden. Das Bundesverfassungsgericht wollte in erster Linie der Schaffung irreparabler vollendeter Tatsachen durch den sofortigen Vollzug eines Verwaltungsaktes einen Riegel vorschieben. Daß Art. 19 Abs. 4 GG verletzt sein kann, wenn die sofortige Vollziehung eines Verwaltungsaktes bewirkt, daß jeglicher - auch ein vorläufiger - Rechtsschutz zu spät käme, bedarf keiner Begründung. Das Bundesverfassungsgericht spricht dies im übrigen nur für den Fall aus, daß solches in ständiger Verwaltungspraxis generell geschieht. Hingegen kann nicht angenommen werden, daß das Bundesverfassungsgericht es generell und unabhängig von den jeweiligen Folgen für unzulässig erachtet, für bestimmte Rechtsgebiete das Regel-Ausnahme-Verhältnis von aufschiebender Wirkung und sofortiger Vollziehung umzukehren. So deutet z.B. nichts darauf hin, daß es die für das gesamte Abgabenrecht geltende Regelung, daß Rechtsmittel grundsätzlich keine aufschiebende Wirkung besitzen, für verfassungswidrig hält. In der Regel ist in Fällen, in denen die aufschiebende Wirkung allgemein oder im Einzelfall ausgeschlossen ist, der Rechtsschutz des Betroffenen durch § 80 Abs. 5 VwGO ausreichend gewährleistet. Nur dort, wo auch dieser vorläufige

vorläufige Rechtsschutz wirkungslos bleibt, weil die Verwaltung irreparable Tatsachen schafft, bevor das Gericht überhaupt tätig werden kann, kann Art. 19 Abs. 4 GG durch die Anordnung der sofortigen Vollziehung berührt sein,

Im vorliegenden Fall mußten die Antragsteller durch die Anordnung des Sofortvollzuges der Genehmigung noch keine irreparablen Eingriffe in ihre Rechtssphäre hinnehmen.

Demzufolge war über die Wiederherstellung der aufschiebenden Wirkung der von den Antragstellern gegen die 1. Teilgenehmigung erhobenen Klage gemäß § 80 Abs. 5 VwGO unter Abwägung der widerstreitenden Interessen der Beteiligten zu entscheiden. Hierbei kommt den nach der Rechtsprechung des Senats bei großindustriellen Vorhaben besonders sorgfältig zu prüfenden Erfolgsaussichten der Klage insofern Bedeutung zu, als bei offensichtlicher Aussichtslosigkeit der Klage ein schützenswertes Interesse der Antragsteller an der Wiederherstellung der aufschiebenden Wirkung nicht besteht, während diesem Interesse bei ernstlichen Zweifeln an der Rechtmäßigkeit der Genehmigung regelmäßig der Vorzug gebührt.

2. Die Klage scheitert nicht an der fehlenden Klagbefugnis der Antragsteller. Rechtsprechung und Rechtslehre stellen an die Klagbefugnis im Verwaltungsstreitverfahren nur geringe Anforderungen. Danach reicht es aus, wenn der Kläger tatsächliche Behauptungen aufstellt, die eine Verletzung seiner Rechte zumindest möglich erscheinen lassen (Eyermann/Fröhler, Anm. 85 zu § 42 VwGO); die Klagbefugnis ist nur dann zu verneinen, "wenn offensichtlich und eindeutig nach keiner Betrachtungsweise die vom Kläger behaupteten Rechte bestehen oder ihm zustehen können bzw. eine Verletzung seiner Rechte denkbar ist"

(BVerwG, Urt. v. 30.10.1963 - V C 219.62 - DVBl 1964, 191).

a) Danach steht allen Antragstellern die sämtlich im Einwirkungsbereich der geplanten Anlage (in maximal 7 km Entfernung von dem Bauplatz) leben, die Klagbefugnis zu. Denn sie machen geltend, durch die mit der Abluft und dem Abwasser des später betriebenen Kraftwerks verbreiteten Nuklide in ihrer Gesundheit gefährdet zu werden. Mit der Behauptung, die Genehmigung sei entgegen der Vorschrift des § 7 Abs. 2 Nr. 3 des Atomgesetzes (AtG) in der hier bereits anwendbaren Neufassung vom 31. Oktober 1976 (BGBl I S. 3053) erteilt worden, obwohl "die nach dem Stand von Wissenschaft und Technik erforderliche Vorsorge gegen Schäden durch die Errichtung und den Betrieb der Anlage" nicht getroffen sei, rügen sie die Verletzung einer unbestrittenen "drittschützenden" Rechtsnorm; ein Verstoß gegen diese Vorschrift kann von Bürgern, die im künftigen Einwirkungsbereich der Anlage leben, im Klagewege geltend gemacht werden.

Der Senat hält daran fest, daß die Betroffenen schon bei einer Klage gegen eine Errichtungsgenehmigung geltend machen können, von den erst durch den Betrieb der Anlage bedingten Auswirkungen gefährdet zu werden. Das Bundesverwaltungsgericht (Urt. v. 16.3.1972 - I C 49.70 - DVBl 1972, 678) hat dies mit der Feststellung begründet, die genehmigungspflichtige Anlage werde errichtet, um betrieben zu werden. Im übrigen macht § 7 Abs. 2 Nr. 3 AtG den - allerdings durch § 1 Abs. 2 Satz 2 der Atomanlagen-Verordnung idF vom 29. Oktober 1970 (BGBl I S. 1518) erleichterten-Nachweis der "Vorsorge gegen Schäden durch die Errichtung und den Betrieb der Anlage" zur Voraussetzung bereits einer Errichtungsgenehmigung. Der Aufbau und die Systematik des § 7 AtG verbieten eine Auslegung, nach der bei der Errichtung der Anlage nur Vorsorge gegen Schäden bei der Errichtung, Vorsorge gegen Betriebsgefahren hingegen

hingegen erst bei Inbetriebnahme der Anlage zu treffen sind. Fordert aber eine dem Schutze der Menschen im Einwirkungsbereich der Anlage dienende Vorschrift von dem Betreiber bereits im Errichtungsstadium Vorsorge gegen Betriebsgefahren, so muß es dem gegen eine Errichtungsgenehmigung klagenden Nachbarn möglich sein, geltend zu machen, daß diese Vorsorge nicht getroffen worden ist.

Wenn Drittbetroffene auch in einem späteren Verfahrensstadium noch Einwendungen vorbringen und gerichtlich geltend machen können, soweit sie sich nicht auf Umstände beziehen, die ausdrücklicher Regelungsgegenstand einer unanfechtbar gewordenen früheren Teilgenehmigung waren (Beschl. v. 5.10.1976 - VII OVG B 73/76 - "Unterweser"), so hindert sie dies nicht, solche Einwendungen bereits in einem früheren Verfahrensabschnitt geltend zu machen. Für den Einwendungsausschluß nach § 7 b AtG sind andere Gesichtspunkte maßgebend als für die Klagbefugnis.

b) Die Antragsteller können den Bescheid auch insoweit angreifen, als er Feststellungen zum Standort enthält.

Die 1. Teilerrichtungsgenehmigung ist "standortbezogen", da sie bestimmte Bauarbeiten an dem von den Beigeladenen vorgesehenen Standort genehmigt und damit zum Ausdruck bringt, daß die Genehmigungsbehörde diesen Standort für unbedenklich hält. Von einem Standortvorbescheid nach § 7 a AtG unterscheidet sich der Bescheid dadurch, daß er keine isolierte und damit selbständig angreifbare Entscheidung über den Standort enthält. Da aber die Rechtmäßigkeit jeder Errichtungsgenehmigung von der (rechtlichen) Eignung des Standortes abhängt, spielt es für den Umfang der gerichtlichen Überprüfung keine Rolle, ob die Standortfragen Gegenstand eines isolierten Verfahrens oder Element des Genehmigungsverfahrens sind. Für den Umfang der Klagbefugnis ist wesentlich, daß dem Drittbetroffenen gemäß § 7 b AtG durch

durch die Unanfechtbarkeit der 1. Teilerrichtungsgenehmigung standortbezogene Einwendungen ebenso abgeschnitten werden können wie durch das Unanfechtbarwerden eines Standortvorbescheides. Einwendungen, die sich auf den Standort der Anlage beziehen, können und müssen demzufolge schon gegenüber der ersten Teilerrichtungsgenehmigung geltend gemacht werden. Dies gilt jedenfalls im Hinblick auf solche standortbezogenen Tatsachen, die der Drittbetroffene auf Grund der ausgelegten Unterlagen und nach dem Inhalt des Genehmigungsbescheides kennen mußte und die die Genehmigungsbehörde nicht auch im weiteren Verlauf des Verfahrens jederzeit von Amts wegen zu berücksichtigen hatte (Beschl. d. Sen. v. 19./20. Juni 1974 - VII OVG B 27/71/73 - DVBl 1975, 190/193). Läuft der Betroffene aber Gefahr, mit solchen Einwendungen in einem späteren Stadium des Genehmigungsverfahrens ausgeschlossen zu sein, so muß er auch seine Klage gegen die erste Teilgenehmigung hierauf stützen können.

Durch die Wahl des Standortes können die Interessen Drittbetroffener dergestalt berührt sein, daß sie Nachteile und Belastungen hinzunehmen haben, die bei einem anderen Standort nicht oder nicht in gleichem Umfang auf sie zukämen. Aus § 7 Abs. 2 Nr. 6 AtG kann nicht hergeleitet werden, daß bei Festlegung des Standorts nur öffentliche Interessen zu berücksichtigen sind, während die mit dem öffentlichen Interesse an der Reinhaltung des Wassers, der Luft und des Bodens parallelen Individualinteressen nur als Reflex der dem Schutze der öffentlichen Interessen dienenden Norm mitgeschützt sind. Selbst wenn man § 7 Abs. 2 Nr. 6 AtG keinen nachbarschützenden Charakter zubilligen will, kann die Standortwahl auch unter dem Aspekt der unbestritten nachbarschützenden Bestimmung des § 7 Abs. 2 Nr. 3 AtG relevant sein, wenn durch den gewählten Standort ein erhöhtes Risiko für die Nachbarn begründet wird.

3. Die hiernach zulässigen Klagen erscheinen nicht schon deswegen aussichtsreich, weil die angefochtene Teilgenehmigung nach dem Vorbringen der Antragsteller unter Verletzung zwingender Verfahrensvorschriften zustande gekommen sein soll. Die Antragsteller rügen, daß vor der öffentlichen Erörterung des Vorhabens lediglich die Antragsunterlagen und der Sicherheitsbericht, nicht jedoch die erst später fertiggestellten Fachgutachten ausgelegt gewesen und bei dem Erörterungstermin nur wenige Details des Sicherheitsberichtes behandelt worden, wesentliche Fragen jedoch unerörtert geblieben seien.

Es kann hier dahingestellt bleiben, ob diese Verfahrensweise die Vorschriften der damals noch anzuwendenden Atomanlagenverordnung verletzt hat.

Auch wenn dies zu bejahen wäre, so führte diese Tatsache allein noch nicht zur Rechtswidrigkeit der Genehmigung. Nach § 115 des Schleswig-Holsteinischen Landesverwaltungsgesetzes (LVwG), das auch dann Anwendung findet, wenn Landesbehörden Bundesgesetze ausführen (§ 1 Abs. 1 LVwG i.V.m. § 1 Abs. 3 des Verwaltungsverfahrensgesetzes - VwVfG - vom 25. Mai 1976 - BGBl I S. 1253), kann ein Verwaltungsakt, der nicht nach § 113 LVwG nichtig ist, "nicht allein deshalb aufgehoben werden, weil er unter Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften oder von Regelungen über die örtliche Zuständigkeit zustande gekommen ist, wenn keine andere Entscheidung in der Sache hätte getroffen werden können oder wenn anzunehmen ist, daß die Verletzung die Entscheidung in der Sache nicht beeinflußt hat" (vgl. insoweit auch den Beschluß des Senats vom 28.12.1976 - VII OVG B 78/75 - S. 29 ff. und die dort genannten Entscheidungen des Bundesverwaltungsgerichts). Einen besonders schwerwiegenden und offenkundigen Fehler (§ 113 Abs. 1 LVwG) stellen die von den Antragstellern behaupteten Verfahrensfehler nicht dar. Es besteht nach Lage der Dinge auch kaum Grund zu der Annahme, eine Fortsetzung des Erörterungstermins oder die öffentliche Erörterung der Fachgutachten

Fachgutachten hätte die Entscheidung in der Sache beeinflusst. Die bloße abstrakte Möglichkeit einer solchen Beeinflussung reicht hierfür nicht aus. Die Antragsteller hätten zumindest darlegen müssen, welche Gesichtspunkte im einzelnen nicht mehr erörtert werden konnten. Da insoweit nichts Konkretes vorgetragen ist, kann auch nicht festgestellt werden, ob diese Gesichtspunkte die Antragsgegner zu einer Änderung ihrer Entscheidung veranlaßt hätten.

Die Antragsteller können sich für ihre Ansicht nicht auf die Urteile des Bundesverwaltungsgerichts vom 29. März 1966 (BVerwGE 24, 23) und vom 20. Oktober 1972 (DVBl 1973, 217) berufen. In dem Urteil vom 29. März 1966 stellt das Bundesverwaltungsgericht im Gegenteil ausdrücklich fest, ein Verfahrensverstoß führe nicht ohne weiteres dazu, daß der verfahrensfehlerhaft zustande gekommene Verwaltungsakt im Verwaltungsprozeß aufgehoben werden müsse; dies hänge vom Zweck der verletzten Verfahrensvorschrift und davon ab, "ob der im Verwaltungsverfahren unterlaufene Verfahrensverstoß einen nicht mehr korrigierbaren Einfluß auf den angefochtenen Verwaltungsakt haben konnte" (S. 32). In dem Urteil vom 20. Oktober 1972 geht das Bundesverwaltungsgericht zwar davon aus, daß die einem Dritten in einem Verwaltungsverfahren eingeräumte Verfahrensposition dem dadurch Begünstigten subjektive Rechte in der Weise gewähren könne, daß die unter Verletzung des vorgeschriebenen Anhörungs- oder Mitwirkungsverfahrens ergangene Verwaltungsentscheidung schon aus diesem Grunde auf seine Anfechtung hin der Aufhebung unterliege. Bei dieser Entscheidung hatte das Gericht jedoch nicht das Schleswig-Holsteinische Landesverwaltungs-gesetz anzuwenden, das diese Frage anders beantwortet.

4. Hingegen konnten in materieller Hinsicht auch durch die mündliche Verhandlung nicht alle Zweifel an der Rechtmäßigkeit der umstrittenen Genehmigung ausgeräumt werden.

a)

a) Rechtsgrundlage des angefochtenen Bescheides ist § 7 AtG. Absatz 1 dieser Vorschrift macht die Errichtung von Anlagen zur Spaltung von Kernbrennstoffen von einer Genehmigung abhängig, die die Behörde unter bestimmten, in Absatz 2 geregelten Voraussetzungen erteilen darf. Hierbei hat sie sich wesentlich von dem Schutzzweck des § 1 Nr. 2 AtG leiten zu lassen. Bei einer an diesem Schutzzweck orientierten verfassungskonformen Auslegung (vgl. hierzu BVerwG, Urt. v. 16.3.1972, aaO; Beschl. d. Sen. v. 22.11.1976 - VII OVG B 76/74 - "Stade" - DVBl 1977, 340/342) bestehen im vorliegenden Zusammenhang keine Bedenken, von der Verfassungsmäßigkeit des § 7 AtG auszugehen.

Auch der Vorlagebeschluß des OVG Münster vom 18. August 1977 - VII A 338/74 - ("Kalkar") äußert keine Zweifel an der Verfassungsmäßigkeit des § 7 AtG, soweit er die Genehmigungsvoraussetzungen für Leichtwasserreaktoren regelt. Das OVG Münster ist der Auffassung, der gesetzlichen Regelung mangle es an der für die Einführung von natriumgekühlten Reaktoren des Typs "Schneller Brüter" notwendigen Konkretisierung. Seiner Ansicht nach hat der Gesetzgeber die Genehmigungsfähigkeit und die Genehmigungsvoraussetzungen für diesen Reaktortyp und die sich hieraus ergebenden Konsequenzen im Hinblick sowohl auf die Verhinderung von Gefahren als auch auf die Bewahrung der bürgerlichen Freiheiten besonders zu regeln. Nach Auffassung des OVG Münster - die der Senat insoweit teilt - bleibt hiervon die Verfassungsmäßigkeit des § 7 AtG als Genehmigungsgrundlage für Leichtwasserreaktoren unberührt. Die sich aus der Errichtung und dem Betrieb solcher Anlagen ergebenden Folgen sind nicht dergestalt, daß sie von Verfassung wegen zu einer mehr ins einzelne gehenden gesetzlichen Regelung zwingen. Der Bundesgesetzgeber hat durch die Verankerung des Schutzprinzips in § 1 Nr. 2, des Vorsorgegrundsatzes in § 7 Abs. 2 Nr. 3 sowie durch die Verpflichtung der Betreiber und des Staates in § 9 a AtG, gemeinsam die zur schadlosen Beseitigung radioaktiver Abfälle erforderlichen Vorkehrungen zu treffen, die notwendigen allgemeinen Richtlinien zum Schutze der Allgemeinheit erlassen. Die volle gerichtliche Überprüfbarkeit dieser Bestimmungen verhindert, daß hier ein unkontrollierbarer Freiraum für die Exekutive entstehen könnte. Die den vom Gesetzgeber verwendeten unbestimmten Rechtsbe-

griffen

Was ist
de. unkr-
scheid
zu. LWR
TSB?

griffen wie "Stand von Wissenschaft und Technik", "Vorsorge" oder "öffentliche Interessen" fehlende Eindeutigkeit ist keine Eigentümlichkeit des Atomgesetzes und bedeutet keine Verletzung des Bestimmtheitserfordernisses, solange eine Konkretisierung durch Auslegung möglich ist (BVerfGE 21, 209/215 m.w.N.; 21, 245/261).

Die vom OVG Münster gestellte Verfassungsfrage wirkt auch nicht deswegen auf die Genehmigungsvoraussetzungen für Leichtwasserreaktoren zurück, weil von ihnen über die - nach der Bestimmung des § 9a Abs. 1 Nr. 1 AtG vom Gesetzgeber unzweifelhaft gewollte - Wiederaufarbeitungsanlage ein gerader Weg zu den "Schnellen Brütern" führte. Denn das bei der Wiederaufarbeitung anfallende Plutonium kann - wie es derzeit in der Bundesrepublik bereits geschieht - zu Mischoxyd-Brennelementen verarbeitet und wiederum in Leichtwasserreaktoren eingesetzt und dort in einem wiederholten "Recykling" bis auf geringe Reste verbraucht werden, ohne daß es hierfür des Einsatzes "Schneller Brüter" bedürfte. Der damit eingeleitete Plutonium-Kreislauf hat nicht die Dimension der vom OVG Münster befürchteten "Plutoniumwirtschaft". Obwohl die Risiken auch einer Plutonium-Rückgewinnung für Leichtwasser-Reaktoren nicht verharmlost werden dürfen, erfordern sie nach Auffassung des Senats jedenfalls keine ausdrückliche Zulassung durch den Bundesgesetzgeber mehr, sondern müssen in Anwendung der Schutz- und Vorsorgegebote des geltenden Rechts bewältigt werden.

b) Entgegen der Meinung der Antragsteller haben die Antragsgegner die Tatsache, daß § 7 AtG durch die Formulierung "darf nur erteilt werden" der Genehmigungsbehörde einen Ermessensspielraum einräumt, nicht übersehen und bei der Erteilung der Genehmigung dieses Ermessen auch ausgeübt.

Aus dem Zusammenhang gerissene Äußerungen einzelner Beamter während des Genehmigungsverfahrens rechtfertigen nicht die Annahme, die Antragsgegner hätten ihren Ermessensspielraum verkannt.

Der Text des Bescheides selbst gibt keinen Hinweis darauf, daß die Antragsgegner ihren Ermessensspielraum übersehen haben. Hierbei kann nicht darauf abgestellt werden, daß sich der Begründungsteil ausschließlich mit der Frage befaßt, ob die rechtlichen Voraussetzungen für die Erteilung der Genehmigung gegeben sind. Die Behörde braucht

die

die Tatsache, daß sie ihren Ermessensspielraum erkannt hat, nicht dadurch zu dokumentieren, daß sie in den Gründen ihres Verwaltungsaktes ihre Ermessenserwägungen im einzelnen mitteilt. Darüber hinaus ist für Ermessensentscheidungen allgemein anerkannt, daß die Verwaltung - in ihren Bescheiden oder vor oder nach deren Erlass - nur die ihre Entscheidung maßgebend tragenden Erwägungen bekanntzugeben und sich nicht ausdrücklich mit allen in Betracht kommenden Umständen und Einzelüberlegungen auseinanderzusetzen braucht (BVerwGE 22, 215/218). Sie kann sogar Rechtsgründe zur Rechtfertigung ihrer Ermessenentscheidung während des Verwaltungsprozesses nachschieben, wenn hierdurch der Verwaltungsakt in seinem Wesensgehalt und in seinem Ausspruch nicht geändert und die Rechtsverteidigung des Betroffenen nicht beeinträchtigt wird (BVerwGE 8, 46.54).

Aber aus
jeder Menge
kann etwas
heraus
kommen

Aus den Gründen des Verwaltungsaktes darf allerdings nicht zu ersehen sein, daß die Behörde sich durch das Gesetz gebunden geglaubt hat. Etwas Derartiges geht aus der Begründung der angefochtenen Teilgenehmigung nicht hervor.

Entgegen der Auffassung des Verwaltungsgerichts ist der Genehmigungsbescheid nicht schon deswegen ermessensfehlerhaft, weil die Antragsgegner "das grundsätzlich zu berücksichtigende Entsorgungsproblem in ihre Entscheidungsüberlegungen nicht einbezogen" haben und nach Meinung des Gerichts somit von falschen rechtlichen Voraussetzungen ausgegangen sind.

Wenn das Verwaltungsgericht hiernach einen Ermessensfehler schon darin erblickt, daß die Antragsgegner die rechtlichen Voraussetzungen ihrer Ermessensausübung verkannt haben, so kann dem nicht gefolgt werden.

Das Verwaltungsgericht hat übersehen, daß die Ermessensbetätigung der Genehmigungsbehörde erst nach Prüfung und

Also! Wenn aber vorher schon ein Bejahung
als Ergebnis, da man nur sehr auf
keine Infos für eine Ermessensbetätigung haben

Bejahung der gesetzlichen Genehmigungsvoraussetzungen einsetzt. Diese Genehmigungsvoraussetzungen bezeichnen die gesetzlichen Grenzen des Ermessens (vgl. BVerwGE 22, 215/218); ihre behördliche Prüfung vollzieht sich im Rahmen strikter Rechtsanwendung, stellt jedoch nicht einen Teil der Ermessensbetätigung dar. Die Frage, ob die Behörde die gesetzlichen Grenzen ihres Ermessens eingehalten hat - d.h. unter anderem: ob die gesetzlichen Voraussetzungen für die Ermessensausübung, hier die Genehmigungsvoraussetzungen erfüllt sind -, ist gerichtlich in vollem Umfang überprüfbar. Dieser Umstand verpflichtet jedoch das Gericht auch, diese Prüfung zu Ende zu führen. Seine Entscheidung hängt davon ab, ob der Verwaltungsakt gegen die zwingenden Vorschriften des Gesetzes verstößt, nicht jedoch davon, ob die Behörde selbst diese Frage in ausreichendem Maße geprüft hat.

Im übrigen haben die Antragsgegner die Frage der "Entsorgung" (gemeint ist damit die Behandlung abgebrannter Brennelemente insgesamt, nicht lediglich die "Abfallbeseitigung" im engeren Sinne) in ihre - nach Bejahung der Genehmigungsvoraussetzungen einsetzenden - Ermessenserwägungen einbezogen, wenn dies auch in den Gründen des Genehmigungsbescheides nicht deutlich wird. So hat der Antragsgegner zu 1) mit Schreiben vom 11. August 1976 den Beigeladenen zu 3) und 4) entsprechend einer Weisung des Bundesministers des Innern aufgegeben, "spätestens bis zur Inbetriebnahme des Kernkraftwerkes ... (den) Nachweis zu erbringen, daß für die Entsorgung des Kernkraftwerks ausreichende Vorsorge getroffen worden ist", sowie bereits vor der ersten Teilerrichtungsgenehmigung "einen verbindlichen Überblick über (ihre) diesbezüglichen Planungen und Absichten" vorzulegen (Beiakten H Bl. 1655). Die Beigeladene zu 3) ist der letzteren Aufforderung mit Schreiben vom 24. August und 20. Oktober 1976 nachgekommen (Beiakten H Bl. 1658, K Bl. 2702). Unabhängig von

von der (Rechts-)Frage, ob die Antragsgegner die Angaben der Beigeladenen für ausreichend erachten durften, ist durch diesen Schriftwechsel jedenfalls die Auffassung widerlegt, sie hätten die Entsorgungsfrage im Rahmen ihrer behördlichen Willensbildung völlig unberücksichtigt gelassen.

5. Nach dem derzeitigen Sachstand läßt sich indessen nicht zweifelsfrei feststellen, daß die rechtlichen Voraussetzungen für diese Ermessensausübung vorgelegen haben.

Zwar bestehen auf Grund der von den Beteiligten vorgelegten Unterlagen und nach dem Ergebnis der mündlichen Verhandlung keine ernstlichen Zweifel mehr im Hinblick auf den eigentlichen Regelungstatbestand des Bescheides, nämlich die Festlegung des Standorts sowie die Bauvorbereitungsarbeiten und die Gebäudegründung. Auch läßt sich auf Grund summarischer Prüfung nicht erkennen, daß eine Teilgenehmigung nach § 1 Abs. 2 Satz 2 AtAnlVO nicht ergehen durfte, weil dem Gesamtvorhaben aus Umständen, die Gegenstand späterer weiterer Teilgenehmigungen sein werden, "unüberwindliche rechtliche Hindernisse entgegenstehen" (BVerwG, Urt. v. 16.3.1972 - I C 49.70 - DVBl. 1972, 678). Indessen haben die Antragsgegner nicht genügend berücksichtigt, daß das Vierte Gesetz zur Änderung des Atomgesetzes vom 30. August 1976 (BGBl. I S. 2573) die Erteilung von Genehmigungen für die Errichtung und den Betrieb neuer Kernkraftwerke von dem Vorliegen bestimmter Voraussetzungen abhängig gemacht hat, die weder im Zeitpunkt der Genehmigungserteilung noch zur Zeit der mündlichen Verhandlung erfüllt waren.

a) Die Wahl des Standorts für das umstrittene Kernkraftwerk begründet keine ernstlichen Zweifel an der Rechtmäßigkeit der Genehmigung.

aa) Das Gesetz erwähnt den Standort nur in § 7 Abs. 2 Nr. 6. Danach ist es eine Genehmigungsvoraussetzung, daß

"überwiegende

"überwiegende öffentliche Interessen, insbesondere im Hinblick auf die Reinhaltung des Wassers, der Luft und des Bodens, der Wahl des Standorts der Anlage nicht entgegenstehen."

Diese - allein auf öffentliche Interessen abstellende - Regelung kann jedoch nicht isoliert gesehen werden. Mit dem OVG Münster (Urt. v. 20.2.1975 - VII A 911/69 - "Würgassen") ist eine "Wechselbeziehung" zwischen Nr. 6 und Nr. 3 dergestalt anzunehmen, daß die "erforderliche Vorsorge" von standortimmanenten Tatsachen beeinflußt werden kann. Nr. 3 und Nr. 6 sind nicht scharf gegeneinander abgegrenzt, sondern überschneiden sich teilweise. Das umfassende Vorsorgegebot ist auch bei der Wahl des Standortes zu beachten. Demzufolge hat sich die Auswahl des Standortes u.a. an dem Mindestbelastungsgebot (Grundsatz "so gering wie möglich") zu orientieren. Denn dieses Gebot, das u.a. in § 21 Nr. 4 der hier anzuwendenden 1. Strahlenschutzverordnung (1. SSV0) sowie in §§ 28, 45 der Strahlenschutzverordnung (StrlSchV) vom 13. Oktober 1976 (BGBl I S. 2905) Ausdruck gefunden hat, erweist sich bei verfassungskonformer Auslegung des § 7 AtG als ein notwendiges Element des in Abs. 2 Nr. 3 dieser Vorschrift verankerten Vorsorgeprinzips (hierzu Beschl. d. Sen. v. 22.11.1976 - VII OVG B 76/74 - S. 10 f des Abdrucks).

Mit dem OVG Münster (Urt. v. 20.2.1975 - VII A 911/69 - S. 37) ist davon auszugehen, daß das Mindestbelastungsgebot nachbarschützenden Charakter hat und demzufolge dem Nachbarn ein subjektiv-öffentliches Abwehrrecht gegen Genehmigungen gibt, die dem Grundsatz "so gering wie möglich" nicht Rechnung tragen.

Das Mindestbelastungsgebot ist nicht schon dadurch verletzt, daß das Kernkraftwerk Brokdorf in solcher Nähe zu dem bereits betriebenen Kernkraftwerk Brunsbüttel errichtet werden soll, daß es zu einer Überlagerung der radioaktiven Emissionen beider Kraftwerke kommen muß (vgl. hierzu Handge/Schwarzer, Probleme der Konzentrierung von Kernkraftwerken auf engem Raum - 7 IRS - Fachgespräche vom 8./9.11.1971). Die bloße Tatsache einer solchen Überlagerung ist unschädlich, wenn die Gesamtbelastung im gemeinsamen Einwirkungsbereich beider Kernkraftwerke die bei einem

einem einzelnen Kraftwerk unbedenkliche Dosis nicht übersteigt (vgl. § 45 Satz 3 StrlSchV). Das Mindestbelastungsgebot besagt nicht, daß der Bürger eine radioaktive Belastung grundsätzlich nur durch ein einziges Kernkraftwerk hinzunehmen braucht, während durch die Emissionen jedes weiteren Kraftwerkes diese "Mindest"-Belastung überschritten würde. Das Mindestbelastungsgebot als Element des Vorsorgegrundsatzes dient der Vorsorge gegen Schäden (§ 7 Abs. 2 Nr. 3 AtG). Es hat mithin dort eine Grenze, wo ausgeschlossen ist, daß eine Strahlenbelastung für sich allein oder im Zusammenwirken mit vorhandenen oder hinzutretenden Belastungen zum Entstehen eines Schadens beitragen könnte.

Das OVG Münster (Urt. v. 20.2.1975, S. 37 f, 45 f) nimmt im Ergebnis zutreffend eine weitere Grenze des Mindestbelastungsgebotes dort an, wo eine wesentliche Verminderung des Individualrisikos durch zusätzliche Handlungen oder Unterlassungen nicht mehr erreicht werden kann. Wendet man diesen Gedanken entsprechend auf den hier gegebenen Fall der Überlagerung radioaktiver Emissionen mehrerer benachbarter Kernkraftwerke an, so wird hier das Mindestbelastungsgebot nicht verletzt, wenn die Vorbelastung in der Umgebung des zu errichtenden Kernkraftwerkes so gering ist, daß hierdurch das bei dem Betrieb dieses Kraftwerks für sich allein schon bestehende Schädigungsrisiko nicht wesentlich erhöht würde. Hierbei kommt es - solange die Gesamtbelastung unbedenklich bleibt - auf die absolute Erhöhung dieses Risikos an. Stellte man demgegenüber grundsätzlich auf die relative Erhöhung der Belastung ab, so könnte dies zur Folge haben, daß technisch mögliche Maßnahmen zur Emissionsverminderung nur deswegen unterblieben, weil infolge der damit verbundenen Reduzierung der absoluten Belastung der (relative) Anteil der Emissionen benachbarter Kernkraftwerke an der Gesamtbelastung wachsen würde.

In der mündlichen Verhandlung hat sich ergeben, daß die Vergrößerung der Entfernung einer geplanten neuen Anlage von einem vorhandenen Kernkraftwerk zwar ein möglicher Weg ist, um einer Kumulation der Strahlenbelastung zu begegnen, daß sich der gleiche Erfolg aber auch bei Maßnahmen einstellen kann, die auf eine Verminderung der Emissionen jeder dieser Anlagen abzielen. So können niedrige

Belastungsdosen

am jeweils ungünstigsten

sten Belastungspunkt durch Vorrichtungen erreicht werden, die eine weiträumige Verteilung der radioaktiven Stoffe und eine entsprechend geringere, auf größere Gebiete gleichmäßiger verteilte Dosisbelastung zur Folge haben. Diese könnten sich zwar durch das Hinzutreten auch entfernterer, nach ähnlichen Gesichtspunkten betriebener Emissionsquellen relativ stark erhöhen. Ist die so entstehende Gesamtbelastung - absolut betrachtet - geringfügig (auch im Verhältnis zur Belastung in Kraftwerksnähe), so kann sie hingenommen werden, wenn anderenfalls auf die für die nähere Umgebung des Kraftwerkes durch die weiträumige Verteilung der radioaktiven Emissionen erreichbaren Vorteile verzichtet werden müßte.

Mit dieser Auffassung setzt sich der Senat nicht in Widerspruch zu seinem Beschluß vom 22. November 1976. Dieser Beschluß handelt zwar in erster Linie von den Risiken, die bei Beachtung des Mindestbelastungsgebots nicht mehr hingenommen werden können, schließt aber nicht aus, daß es eine untere Grenze gibt, unterhalb der das Vorsorgegebot keine weitere Herabsetzung des Strahlenrisikos mehr fordert. Wenn danach eine Belastung um 10 mrem noch oberhalb der Risikogrenze liegt, weil bei einer langjährigen Belastung einer Bevölkerung von 1 Million in dieser Höhe mit einem oder mehreren Krebstoten zu rechnen ist, so besagt dies allerdings nicht, daß jede geringere durchschnittliche Belastung einer solchen Bevölkerungsgruppe unbedenklich ist. Es kann daraus aber entnommen werden, daß eine Belastung, die erheblich unter jener Grenzlage liegt, wahrscheinlich hingenommen werden kann. Hierbei ist jedenfalls bei der Entscheidung über die Eignung des Standorts nicht auf die Antrags- bzw. die genehmigten Werte, sondern auf die sich im längerfristigen Betrieb ergebenden Erfahrungs- oder Erwartungswerte abzustellen, die nach den insoweit unbestrittenen Angaben der Beigeladenen wesentlich unter den Genehmigungswerten liegen. Denn für die nur statistisch zu beantwortende Frage, welchem Krebsrisiko eine im Einwirkungsbereich eines Kernkraftwerkes lebende Bevölkerung ausgesetzt ist, kommt es nach der hierbei angewandten Berechnung (u.a. Jacobi, Allgemeine Strahlenbelastung des modernen Menschen, S. 74) auf deren langfristige Belastung an.

Der Senat brauchte in diesem Verfahren, in dem noch nicht die Genehmigung bestimmter Abgaberaten zur Überprüfung stand, nicht darüber zu entscheiden, welche Gesamtbelastung bei dem künftigen Betriebe des Kernkraftwerkes Brokdorf zu erwarten und zulässig ist. Es kann hier daher auch dahingestellt bleiben, von welcher der differierenden Angaben der Gesellschaft für Reaktorsicherheit einerseits und der Beigeladenen zu 4) andererseits auszugehen ist. Es ist hier ferner nicht darauf einzugehen, ob die von den Antragstellern sowie ihren wissenschaftlichen Beiständen geäußerte Kritik an der üblichen Methode zur Errechnung der Belastungsdosen aus den zugelassenen oder gemessenen Abgaberaten berechtigt ist, insbesondere ob die Annahmen über die Verzehrgewohnheiten von Marschbauern realistisch sind oder das gebräuchliche meteorologische Ausbreitungsmodell hinreichend der Möglichkeit Rechnung trägt, daß kurzzeitig erhöhte Radioaktivitätsabgaben und Inversionswetterlagen mit geringer Luftbewegung zusammenfallen können. Diesen Fragen wird im weiteren Verlauf des Verfahrens - spätestens bei Erteilung und gerichtlicher Überprüfung einer Betriebsgenehmigung - ebenso nachzugehen sein wie dem Problem, wie die - auch als Erwartungswert - beträchtliche Schilddrüsenedosis weiter gesenkt werden kann, sei es durch zusätzliche Rückhaltevorrichtungen für Jod 131, sei es durch besondere Sicherheitsmaßnahmen in bezug auf die kontaminierten Nahrungsmittel.

Wird also schon erwogen

Für die hier zu überprüfende Standortentscheidung genügt die Feststellung, daß im Einwirkungsbereich des Kernkraftwerkes Brokdorf nicht mit einer Vorbelastung infolge der Emissionen anderer Kernkraftwerke zu rechnen ist, die das von dem Kernkraftwerk Brokdorf nach seiner Inbetriebnahme bei der gebotenen Ausschöpfung der dem Stand der Technik entsprechenden Maßnahmen zur Emissionsbegrenzung ausgehende Schädigungsrisiko - ausgedrückt durch die zu erwartenden Strahlenbelastung - wesentlich erhöhen würde.

Nach

Nach der von der Gesellschaft für Reaktorsicherheit im September 1977 für den Antragsgegner zu 1) erstatteten "Gutachterlichen Stellungnahme über die Überlagerung von Strahlenexpositionen durch die Ableitung radioaktiver Stoffe aus den Kernkraftwerken Stade, Brunsbüttel und Brokdorf" ergeben sich folgende Erfahrungswerte für die Vorbelastung am Standort Brokdorf durch die Kernkraftwerke Stade und Brunsbüttel:

Körperorgan	Belastungspfad (mrem/a)	
	Fortluft	Abwasser
Ganzkörper	$\leq 0,02$	$\leq 0,3$
Haut	$\leq 0,05$	-
Knochen	$\leq 0,003$	$\leq 0,4$
Lunge	$\leq 0,002$	-
Magen-Darm-Trakt	$\leq 0,001$	$\leq 0,08$
Schilddrüse (Kleinkind)	$\leq 0,6$	-

Demgegenüber wird durch den künftigen Betrieb des Kernkraftwerkes Brokdorf selbst folgende Belastung am ungünstigsten Aufpunkt erwartet (Erwartungswerte):

Körperorgan	Belastungspfad (mrem/a)	
	Abluft	Abwasser
Ganzkörper	$< 0,5$	$< 2,1$
Haut	$< 0,5$	-
<u>Körperorgan</u>		

Körperorgan	Belastungspfad (mrem/a)	
	Abluft	Abwasser
Knochen	< 0,1	< 1,8
Lunge	< 0,01	-
Magen-Darm-Trakt	< 0,007	< 0,4
Schilddrüse	< 12,0	-

Hieraus ist zu ersehen, daß die Vorbelastung am Standort Brokdorf so gering ist, daß sie die durch den künftigen Betrieb des Kernkraftwerkes Brokdorf selbst verursachte Belastung bei Zusammenrechnung aller Belastungspfade um insgesamt weniger als 1,5 mrem/a erhöht. Dieser Wert dürfte im Rahmen der Schwankungsbreite der für die Belastung durch das Kernkraftwerk Brokdorf errechneten Werte liegen und daher neben diesen weder absolut noch relativ ins Gewicht fallen. Er kann aus diesem Grunde für die Frage, ob bei der Auswahl des Standortes das Mindestbelastungsgebot beachtet worden ist, vernachlässigt werden.

Dies gilt auch dann, wenn sich im Hauptverfahren oder im weiteren Verlauf des Genehmigungsverfahrens erweisen sollte, daß die Berechnungen der Gesellschaft für Reaktorsicherheit einer Korrektur unterzogen werden müssen. Der Senat hat auf Grund des Vorbringens der Antragsteller in der mündlichen Verhandlung bislang nicht den Eindruck gewonnen, daß eine etwaige Korrektur einen solchen Umfang annehmen müßte, daß danach die Vorbelastung neben der Belastung durch das Kernkraftwerk Brokdorf in wesentlichem Umfang zur Gesamtbelastung beitragen würde. Die Behauptung der Antragsteller, die Belastungswerte seien auf Grund der bisher allgemein angewandten Berechnungsmethode um Größenordnungen zu niedrig angesetzt, hält der Senat auch nicht durch das von ihnen in der mündlichen Verhandlung überreichte Gutachten des

Tutoriums Umweltschutz an der Universität Heidelberg
"über die zu erwartende Strahlenbelastung im Normalbetrieb durch den Verzehr kontaminierter Nahrungsmittel in der Umgebung des Kernkraftwerkes Grohnde" für glaubhaft gemacht. Dieses Gutachten kommt zu so erstaunlichen Belastungswerten (zwischen 1.450 und nahezu 16.000 mrem/a durch radioaktive Abluft und etwa 3.700 mrem/a durch radioaktive Abwässer), daß hierbei zunächst - vorbehaltlich einer dem Hauptverfahren zu überlassenden eingehenden Überprüfung - die Annahme eines Fehlers näher liegt als bei den von den Antragstellern beanstandeten Berechnungsgrundlagen der Gesellschaft für Reaktorsicherheit.

bb) Bedenken gegen den Standort aus meteorologischen Gründen sind einstweilen nicht ersichtlich. Das von Reidat erstattete Gutachten über "Meteorologische Verhältnisse am Standort Brokdorf" (Beiakten K Bl. 2067) läßt insbesondere nicht erkennen, daß am Standort Brokdorf in außergewöhnlichem Umfang Inversionswetterlagen vorherrschen, die eine rasche Verdünnung der Abluft verhindern und damit zu einer erhöhten Konzentration von Spaltstoffen in der Umgebung des Kraftwerkes führen. Die Antragsteller haben zwar auf den bekannten Einfluß von Inversionswetterlagen auf die Ausbreitungsbedingungen von Schadstoffen hingewiesen, aber nicht dargetan, daß insoweit im Unterelberaum besonders ungünstige Verhältnisse vorherrschen.

cc) Die Eignung des Standorts wird auch durch die Möglichkeit einer Gastankerexplosion in der Fahrrinne der Elbe nicht in Frage gestellt. Die Antragsgegner haben hierzu ein Gutachten des Instituts für Reaktorsicherheit eingeholt (Beiakten D Bl. 1029), wonach bei Beachtung bestimmter Bedingungen und Empfehlungen eine Gefährdung des Kernkraftwerkes auszuschließen und es technisch möglich ist, die Auswirkungen möglicher Gastankerexplosionen durch entsprechende Auslegung des Kraftwerkes zu beherrschen. Es sind

keine Tatsachen vorgebracht worden, die Zweifel an diesem Gutachten begründen könnten.

dd) Die Entscheidung über die von den Antragstellern aus wasserrechtlicher Sicht erhobenen Bedenken gegen den Standort muß dem parallellaufenden wasserrechtlichen Bewilligungsverfahren und einem etwa anschließenden gerichtlichen Verfahren überlassen bleiben.

Zwar hatte die Genehmigungsbehörde nach § 4 Abs. 1 AtAnlVO (jetzt § 14 AtVfV) auch die in Betracht kommenden Vorschriften des Wasserrechts zu prüfen, wobei sich diese Prüfung im Zusammenhang mit einer Teilerrichtungsgenehmigung auf die Frage beschränkte, ob dem Gesamtvorhaben "unüberwindliche Hindernisse" aus dem Wasserrecht entgegenstehen (vgl. hierzu auch VGH Bad.-Württ., Beschl. v. 8.10.1975, DÖV 1975, 744, Ls 10). Die Prüfungsbefugnis wurde und wird indessen durch die Befugnis der für die wasserrechtliche Bewilligung zuständige Behörde begrenzt, selbständig über das Vorliegen der Bewilligungsvoraussetzungen zu befinden. Es kann nicht der Sinn dieses doppelgleisigen Verfahrens sein, daß die wasserrechtlichen Fragen sowohl von der atomrechtlichen Genehmigungsbehörde als auch von der wasserrechtlichen Bewilligungsbehörde - möglicherweise mit unterschiedlichen Ergebnissen - im einzelnen untersucht werden. Soll eine unangemessene Verdoppelung des Verwaltungsaufwandes vermieden werden, so kann § 4 AtAnlVO nur so verstanden werden, daß er die atomrechtliche Genehmigungsbehörde verpflichtet, die im wasserrechtlichen Bewilligungsverfahren getroffene Entscheidung zu berücksichtigen, und ihr im übrigen einen eigenen Entscheidungsspielraum nur einräumt, soweit die Wasserbehörde wesentliche Punkte nicht geregelt oder über-

sehen

sehen hat. Solange die Wasserbehörde noch nicht entschieden hat, genügt die Atombehörde im allgemeinen ihrer Prüfungspflicht, wenn sie vor Erteilung einer Teilerrichtungsgenehmigung eine vorläufige Stellungnahme der Wasserbehörde einholt und ihrer Entscheidung zugrunde legt. Dies ist hier geschehen. Die Antragsgegner haben die Genehmigung auf Grund einer Stellungnahme des Ministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten des Landes Schleswig-Holstein erteilt, wonach sich bei der Prüfung des Genehmigungsantrages "keine Gesichtspunkte ergeben haben, die nach § 6 WHG zu einer Versagung der beantragten Benutzung der Elbe führen könnten. Dies gelte sowohl hinsichtlich der Wärmebelastung als auch hinsichtlich der Belastung mit radioaktivem Abwasser" (Genehmigungsbescheid S. 77). In dieser Stellungnahme wird auch darauf hingewiesen, daß die nukleare Gesamtbelastung durch eine Reduzierung der von jedem der daran beteiligten Kraftwerke ausgehenden Belastung sowie durch eine Abstimmung der Zeiten der jeweiligen Abwassereinleitungen auf ein unbedenkliches Maß reduziert werden könne.

Wenn die Antragsgegner auf Grund dieser Stellungnahme davon ausgegangen sind, daß dem Vorhaben insgesamt und im Hinblick auf seinen Standort derzeit aus wasserrechtlicher Sicht keine unüberwindlichen Hindernisse entgegenstehen, so ist dies nicht zu beanstanden.

ee) Die von den Antragstellern gegen die Genehmigung erhobenen bauplanungsrechtlichen Einwendungen sind gleichfalls unbegründet. Wenn die Antragsteller geltend machen, der Flächennutzungsplan der Gemeinde Brokdorf sei wegen Verstoßes gegen das Abwägungsgebot nichtig und es fehle daher an der nach der Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts (Urt. v. 5.7.1974 - BVerwG IV 50.72 - BVerwGE 45, 309 - "Floatglas"), erforderlichen förmlichen Bauleitplanung, so übersehen sie, daß nach dieser Rechtsprechung die Größe und Bedeutung eines Vorhabens es lediglich ausschließen, dieses als "sonstiges
Vorhaben"

Vorhaben" im Sinne des § 35 Abs. 2 BBauG im Außenbereich zu verwirklichen (vgl. auch Urt. v. 26. 11. 1976 - BVerwG IV C 69.74 - NJW 1977, 1978). Die Feststellung des Bundesverwaltungsgerichts, daß derartige Vorhaben nicht im Außenbereich, sondern nur im beplanten Innenbereich verwirklicht werden dürfen, gilt mithin nicht für die sogenannten "privilegierten Vorhaben" im Sinne des § 35 Abs. 1 BBauG. Ein Kernkraftwerk ist vor allem im Hinblick auf die bei (Auslegungs-) Störfällen zulässige und mögliche radioaktive Belastung seiner Umgebung (vgl. § 28 Abs. 3 StrlSchV), die einen ausreichenden Sicherheitsabstand zu den nächsten Wohngebieten erfordert, ein Vorhaben, das gemäß § 35 Abs. 1 Nr. 5 BBauG "wegen seiner besonderen Anforderungen an die Umgebung" und "wegen seiner nachteiligen Wirkung auf die Umgebung ... nur im Außenbereich ausgeführt werden soll".

b) Nach dem derzeitigen Sachstand bestehen auch im Hinblick auf die durch den angefochtenen Bescheid genehmigten Bauarbeiten keine ernstlichen Zweifel an der Rechtmäßigkeit der Genehmigung.

Der Genehmigungsbescheid äußert sich hierzu nur knapp, aber mit gerade noch ausreichender Deutlichkeit, indem er insoweit auf die von den Beigeladenen eingereichten Unterlagen, insbesondere auf die Berechnungen der Belastbarkeit der zur Gründung des Reaktorgebäudes verwendeten Großbohrpfähle, verweist und im übrigen vorschreibt, daß bei der Auslegung dieser Pfähle neben einer Sicherheitsreserve von 10 % Belastungen infolge äußerer Einwirkungen durch Flugzeugabsturz, Explosionsdruckwellen und Erdbeben zu berücksichtigen seien und dies bis zum Beginn der Herstellung der Großbohrpfähle nachzuweisen sei.

aa) Der Senat vermag sich den von den Antragstellern vorgebrachten Zweifeln an der Belastbarkeit der Groß-

bohrpfähle

bohrpfähle nicht anzuschließen. Es trifft allerdings zu, daß die Belastungsgrenze der 30 m Großbohrpfähle bei der Begutachtung durch das Erdbaulaboratorium Prof. Steinfeld mit den zur Verfügung stehenden Gerätschaften nicht mehr empirisch ermittelt werden konnte, sondern durch Extrapolation errechnet werden mußte. Gegen diese Methode sind bereits im Verwaltungsverfahren von dem Sachverständigen Franke Vorbehalte geäußert worden. Indessen ist der Sachverständige Franke auf einem anderen Weg im wesentlichen zu dem gleichen Ergebnis gelangt wie der Vorgutachter, wobei er allerdings eine etwaige negative Mantelreibung sowie die bei Pfahlgruppen auftretenden Setzungsunterschiede unberücksichtigt gelassen hat. Nach dem insoweit unwidersprochen gebliebenen Vorbringen der Beigeladenen sowie den Ausführungen des von ihnen beauftragten Sachverständigen Prof. Steinfeld in der mündlichen Verhandlung kommt jedoch eine negative Mantelreibung innerhalb der Pfahlgruppen nicht in Betracht und ist sowohl für geringfügige Mantelreibungskräfte an den Außenflächen der Pfahlgruppen als auch für die Gruppenwirkung auf das Setzungsverhalten eine hinreichende Sicherheitsreserve in Ansatz gebracht.

bb) Es haben sich ferner bislang keine hinreichenden Anhaltspunkte ergeben, daß die den statischen Berechnungen zugrunde liegenden Belastungen zu niedrig angenommen worden sind.

Der Senat vermag insbesondere nicht zu erkennen, weshalb sich die Auslegung der Pfahlfundamente gegen horizontale Bodenbewegungen von 50 cm/s^2 aufgrund des Erdbebens bei Soltau im Jahre 1976 als zu gering erwiesen haben soll, obwohl dieses Beben eine maximale Erdbeschleunigung von nur 30 cm/s^2 bewirkt hat.

Im Standort Bredsdorf!
Wenn das Hypozentrum näher
liegt sind auch die
Beschleunigungen größer!

Der

Der von dem Sachverständigen Prof. Scheer aufgezeigten Gefahr, daß die bei einem Flugzeugabsturz oder einer Explosion in unmittelbarer Nähe des Kernkraftwerkes auftretenden Schwingungen der Auslegungsfrequenz wichtiger Komponenten des Kernkraftwerkes entsprechen und somit bei diesen zu schwerwiegenden Schäden führen könnten, ist nach den glaubhaften Angaben des Sachverständigen Jungklaus bei der Festlegung der Auslegungsfrequenz Rechnung getragen worden.

cc) Bei Würdigung des unterschiedlichen Vorbringens der Beteiligten und ihrer wissenschaftlichen Beistände sieht der Senat derzeit keinen hinreichenden Grund zu der Annahme, die Gesamtbelastung der Großbohrpfähle könnte sich durch zusätzliche Anforderungen an die Sicherheit des Reaktors und des Reaktorgebäudes so erhöhen, daß die Pfahlgründung nicht mehr als ausreichend angesehen werden könnte.

Der Senat hat insbesondere nicht die Überzeugung gewonnen, daß das Reaktorgebäude nach dem Konzept der Anlage unzureichend gegen Flugzeugabsturz gesichert ist, wenn es gemäß der "Sicherheitstechnischen Auflage Nr. 2" (Seite 10 des Bescheides) entsprechend Ziff. 2.71 der "Leitlinien für Druckwasserreaktoren" der Reaktorsicherheitskommission - Stand April 1974 - gegen Flugzeugabstürze ausgelegt ist. Nach den überzeugenden Ausführungen des für die Beigeladene zu 4) auftretenden Sachverständigen Orth ist die Wandstärke nicht zu gering bemessen, wenn sie den Absturz eines Militärflugzeuges des Typs "Phantom" aushält, weil das höhere Gewicht eines großen Verkehrsflugzeuges durch dessen Segelverhalten beim Absturz und die hierdurch bedingte erheblich geringere Absturzgeschwindigkeit ausgeglichen wird.

Ferner

Wieviel zusätzliche Belastung
sollten denn die Pfähle
aufnehmen können?

Ferner hält der Senat nach dem derzeitigen Sachstand den Einbau eines Berstschatzes nicht für geboten.

Zwar ist dem VG Freiburg (Urt. v. 14.3.1977 - NJW 1977, 1645) zuzustimmen, daß das Bersten eines Reaktordruckbehälters; wie er im Kernkraftwerk Brokdorf Verwendung finden soll, physikalisch möglich ist und daß die Folgen eines solchen Ereignisses die Ausmaße einer "nationalen Katastrophe" hätten. Der Senat hält jedoch nach Anhörung der für die Beteiligten auftretenden Sachverständigen bei vorläufiger Beurteilung dieses Problemkreises die nach dem Stand der Wissenschaft und Technik erforderlich Vorsorge gegen einen Berstunfall durch die Qualitätsanforderungen an das Material sowie durch sorgfältigste Überprüfung des Reaktordruckbehälters vor seinem Einbau und durch regelmäßige Kontrollen während des Betriebes für gewährleistet oder für zu gewährleisten. Er kann sich auch nicht dem Argument der Beigeladenen verschließen, durch den Einbau eines Berstschatzes könnten zwar die verheerenden Folgen eines Berstens des Reaktordruckbehälters in Grenzen gehalten werden, zugleich aber werde damit eine Kontrolle des Reaktordruckbehälters von außen unmöglich gemacht, auf diese Weise blieben etwaige Lecks unbemerkt, druckabsorbierende Verformungen des Behälters würden verhindert, womit sich die Gefahr eines Berstens erhöhe (vgl. hierzu auch Beschl. d. Sen. v. 19./20.6.1974 - DVBl 1975, 190/198 f).

*Stete
Erfahrung
genügende
Sicherheit
halten
unter
Beschulung
Strahlung*

Es braucht im Rahmen dieses Verfahrens nicht abschließend entschieden zu werden, ob bei einer noch so geringen Möglichkeit besonders extremer Schadensfolgen von dem Erbauer eines Kernkraftwerkes ohne Rücksicht auf die derzeitige technische Realisierbarkeit Einrichtungen und Vorkehrungen verlangt werden können, welche geeignet sind, die Eintrittswahrscheinlichkeit eines solchen Schadens auf Null zu reduzieren. Hierfür wird von Bedeutung sein, ob und inwieweit der das Atomgesetz neben dem Schutzzweck (§ 1 Nr. 2) auch

bestimmende

bestimmende Förderungszweck (§ 1 Nr. 1) es bei verfassungskonformer Auslegung gestattet, der Bevölkerung das statistisch extrem geringe Risiko einer Katastrophe von gewaltigen Ausmaßen zuzumuten. Dies kann hier jedoch offen bleiben, da nach dem bisherigen Sachstand Zweifel bestehen, ob ein Berstschutz tatsächlich geeignet ist, die Sicherheit eines Kernkraftwerkes insgesamt wesentlich zu erhöhen. Für die Beurteilung der hier umstrittenen 1. Teilerrichtungsgenehmigung, die sich nicht auf den Einbau des Reaktordruckbehälters erstreckt, genügt jedenfalls die Feststellung, daß ein künftiger Schadenseintritt durch ein Höchstmaß an Sorgfalt bei der Fertigung und dem Betrieb dieses Behälters und durch ständige Kontrollen praktisch ausgeschlossen werden kann und daher das Fehlen eines Berstschutzes nicht als ein von vornherein unüberwindliches Hindernis für die Genehmigung des Gesamtvorhabens erscheint.

Entsprechendes gilt für den "Core-catcher", der als Bestandteil eines Leichtwasser-Reaktors ebensowenig "Stand der Technik" ist wie der Berstschutz und angesichts der bereits zur Verhinderung eines Kernschmelzens getroffenen Vorkehrungen (Redundanz von Kühl- und Notkühlssystemen) nach dem derzeitigen Sachstand nicht als ein unter allen Umständen unerläßliches Element einer dem § 7 Abs. 2 Nr. 3 AtG entsprechenden Vorsorge gegen ein katastrophales Versagen des Reaktors erscheint.

c) Das Vorsorgegebot des § 7 Abs. 2 Nr. 3 AtG begründet u.a. die Verpflichtung des Errichters und Betreibers eines Kernkraftwerkes, Schädigungen Dritter durch abgebrannte Brennelemente zu verhüten. Für die Erteilung einer erster Teilerrichtungsgenehmigung, die sich noch nicht mit Brennelementen befaßt, genügt es insoweit, daß sich bei der nach § 1 Abs. 2 Satz 2 AtAnlVO (§ 18 AtVfV) erforderlichen "vorläufigen Gesamtbeurteilung" keine "unüberwindlichen rechtlichen Hindernisse" für

das

Stand der Technik "nach Unfall?" Learn as you fall? 40 methods in the German Fall safety school.

das Gesamtvorhaben aus einer mehr als nur theoretischen Möglichkeit solcher Schädigungen ergeben. Dies haben Genehmigungsbehörde und Gericht auf Grund eines vom Betreiber vorzulegenden Planes ("Entsorgungskonzept") zu beurteilen, dessen Verwirklichung zumindest wahrscheinlich sein muß.

aa) Die durch das 4. Gesetz zur Änderung des Atomgesetzes vom 30. August 1976 (BGBl I S.2573) in das Gesetz aufgenommene Vorschrift des § 9 a stellt in ihrem Absatz 1 eine Konkretisierung dieser Vorsorgepflicht dar, indem sie angibt, auf welche Weise nach den Vorstellungen des Bundesgesetzgebers Schäden durch abgebrannte Brennelemente zu verhüten sind. § 9 a Abs. 1 AtG stellt klar, daß dies durch schadlose Verwertung der radioaktiven Reststoffe oder durch ihre geordnete Beseitigung als radioaktive Abfälle zu geschehen habe. Daraus ist zu ersehen, daß der Gesetzgeber die Lagerung abgebrannter Brennelemente - auch ihre sog. "Kompaktlagerung" - in dem im Inneren des Sicherheitsbehälters befindlichen Brennelementlagerbecken nicht als ausreichende Vorsorge betrachtet.

Gegen eine solche Verschränkung von § 7 Abs. 2 Nr. 3 und § 9 a Abs. 1 AtG kann nicht eingewandt werden, daß es sich bei den in § 9 a Abs. 1 Nr. 1 und 2 genannten Verpflichtungen um selbständige, erst mit der Erteilung der Genehmigung und der Inbetriebnahme der Anlage entstehende Pflichten handelt. Denn diese Vorschrift verpflichtet nicht nur denjenigen, der "Anlagen, in denen mit Kernbrennstoffen umgegangen wird", betreibt, sondern bereits den Errichter einer solchen Anlage zur Vorsorge für die schadlose Verwertung und geordnete Beseitigung der bei dem späteren Betrieb anfallenden radioaktiven Reststoffe und Abfälle.

Es braucht hier nicht im einzelnen untersucht zu werden, in welcher Weise der Errichter der Anlage

seinen

seinen Verpflichtungen aus § 9 a Abs. 1 AtG nachkommen kann - etwa indem er für eine schadlose Lagerung abgebrannter Brennelemente bis zu ihrer möglichen Verwertung bereits bei der Bauausführung Sorge trägt, Vereinbarungen über eine spätere Verwertung trifft o.ä. -. Jedenfalls setzt § 9 a AtG voraus, daß bereits bei Errichtung der Anlage die spätere Verwertung und Beseitigung der anfallenden Reststoffe und Abfälle als durchführbar angesehen werden muß. Dies bedeutet zwar nicht, daß bei Errichtung der Anlage bereits Einrichtungen zur Verwertung und Beseitigung radioaktiver Reststoffe und Abfälle vorhanden oder auch nur alle rechtlichen und technischen Voraussetzungen für ihre Errichtung erfüllt sein müssen. Es muß indessen bereits bei Errichtung der Anlage hinreichende Aussicht dafür bestehen, daß dann, wenn dies nach Inbetriebnahme der Anlage erforderlich ist, die notwendigen Einrichtungen für die Verwertung und / oder Beseitigung radioaktiver Reststoffe und Abfälle betriebsbereit und insoweit gegenwärtig noch bestehende technische Hindernisse überwunden sein werden.

bb) Neben den in § 9a Abs. 1 verankerten Pflichten für die Energieversorgungsunternehmen begründet Abs. 3 eine Verpflichtung für die Länder und den Bund, Landessammelstellen für die Zwischenlagerung und Anlagen zur Sicherstellung und Endlagerung radioaktiver Abfälle einzurichten. Der textliche und sachliche Zusammenhang von Abs. 1 und Abs. 3 läßt erkennen, daß die Verpflichtungen der Energieversorgungsunternehmen und des Staates aufeinander bezogen sind: Bund und Länder haben diejenigen Einrichtungen zu schaffen, die es den Energieversorgungsunternehmen ermöglichen, ihre radioaktiven Abfälle geordnet zu beseitigen. Umgekehrt haben die Energieversorgungsunternehmen ihre Verpflichtung zur geordneten Beseitigung

radioaktiver

radioaktiver Abfälle - wie sich aus Abs. 2 ergibt - durch Ablieferung an die nach Abs. 3 zu schaffenden Anlagen zu erfüllen. Die Energieversorgungsunternehmen können mithin die ihnen nach § 9 a Abs. 1 AtG aufgebene Vorsorge nur im Verein mit Bund und Ländern erfüllen. Anders ausgedrückt: Die dem Bund und den Ländern obliegenden Verpflichtungen sind Teil einer umfassenden Vorsorge gegen Schäden durch abgebrannte Brennelemente, die bereits bei Errichtung eines Kernkraftwerkes einsetzen muß.

Die parlamentarischen Äußerungen bei der Beratung des § 9 a AtG lassen erkennen, daß der Bundesgesetzgeber mit dieser Bestimmung die Absicht verfolgte, Errichtungsgenehmigungen für neue Kernkraftwerke von Fortschritten bei der Entsorgungsvorsorge abhängig zu machen. Dies kommt insbesondere in den Worten des Abgeordneten Schäfer zum Ausdruck, die SPD-Fraktion bestärke die Bundesregierung ausdrücklich in ihrer Haltung, den "Zubau und Betrieb von Kernkraftwerken nur in dem Maß zuzulassen, in dem für die in diesem Bereich entstehenden Probleme rechtzeitig entsprechende Vorkehrungen getroffen werden" (Dt. Bundestag, 7. WP, 250.Stzg., S. 17.820). Wenn der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister des Innern in der gleichen Sitzung des Bundestags von der Entschlossenheit der Bundesregierung spricht, "den unlösbaren Zusammenhang zwischen der rechtzeitigen Sicherstellung der Entsorgung und der Zulässigkeit eines weiteren zügigen Ausbaus der Kernenergie in ihrer Genehmigungspraxis zum Ausdruck zu bringen" (aaO S. 17.824), so wäre dies unverständlich, wenn nicht § 9 a AtG diesen "unlösbaren Zusammenhang" durch eine rechtliche Verknüpfung von Genehmigungspraxis und Entsorgungsvorsorge herstellen sollte. Hätte es sich nur darum gehandelt, durch eine bestimmte Weisungspraxis das den Genehmigungsbehörden nach § 7 Abs. 2 AtG eingeräumte Ermessen zu binden, so hätte es der Einführung des § 9 a AtG nicht bedurft. Auch nach früherem Recht hätten die Genehmigungsbehörden im Rahmen ihres Ermessens von der

Erteilung

Erteilung der Genehmigung absehen können, wenn nicht gleichzeitig Schritte zur Lösung des Entsorgungsproblems unternommen wurden. Wenn - wovon Bundestag und Bundesregierung offenbar ausgingen - der bestehende Rechtszustand mit dem Ziel einer Beschleunigung der Planung und Errichtung einer Entsorgungsanlage geändert werden sollte, so kann diese Änderung nur darin gesehen werden, daß § 9 a AtG die Genehmigungsbehörden auf eine entsprechende Genehmigungspraxis bindend festlegen sollte.

Die Verpflichtung des Bundes und der Länder aus § 9 a Abs. 3 AtG und demgemäß das bei Nichterfüllung dieser Verpflichtung bestehende Genehmigungshindernis sind mit Inkrafttreten dieser Bestimmung wirksam geworden. Die staatliche Entsorgungsvorsorge hatte - unabhängig davon, ob und in welchem Umfang die Energieversorgungsunternehmen gleichzeitig die ihnen nach Abs. 1 obliegenden Verpflichtungen erfüllten - sogleich nach Inkrafttreten des Vierten Änderungsgesetzes einzusetzen. Hierbei entspricht es der Zielsetzung des Bundesgesetzgebers, wenn für die Erteilung einer ersten Teilerrichtungsgenehmigung nur geringe, mit dem Fortschreiten des Genehmigungsverfahrens jedoch zunehmend strenge Anforderungen an den Stand der gleichzeitigen Entsorgungsvorsorge gestellt werden. Diesen Anforderungen wird eine Genehmigungsbehörde nicht gerecht, die sich bei Erteilung erster Errichtungsgenehmigungen mit dem Vorhandensein einer nur theoretischen Vorsorgeplanung begnügt; vielmehr muß schon mit dem Beginn des "Zubaus" eine konkrete entsorgungsbezogene Maßnahme einhergehen.

cc) Bei dieser Auslegung des § 9 a AtG bestehen erhebliche Zweifel, ob die Voraussetzungen für die Erteilung der angefochtenen Teilgenehmigung im Oktober 1976 vorlagen oder gegenwärtig vorliegen.

Zwar

Zwar spricht viel dafür, daß die Beigeladenen in der Lage sein werden, eine Gefährdung der in der Umgebung des Kraftwerkes lebenden Menschen durch abgebrannte Brennelemente zu vermeiden. Diese Brennelemente können zunächst während eines gewissen Zeitraums im Brennelement-lagerbecken gelagert werden. Man wird davon ausgehen können, daß selbst eine Kompaktlagerung keine nicht zu beherrschenden Gefahren mit sich bringen wird. Zwar lassen es die bisherigen Erfahrungen mit der Lagerung abgebrannter Brennelemente nicht zu, ihre unbegrenzte Korrosionsfestigkeit anzunehmen. Indessen begründet nach den einleuchtenden Darlegungen des Mitarbeiters der Beigeladenen zu 4) Braun auch die Korrosion einzelner Brennelemente keine unmittelbaren Gefahren, da die Möglichkeit ihrer Isolierung und Sicherung durch eine Edelstahlhülle besteht und im übrigen das Wasser, in dem sie lagern, die radioaktiven Stoffe weitgehend zurückhält.

Allerdings ist nicht zu verkennen, daß eine Kompaktlagerung abgebrannter Brennelemente innerhalb des Kernkraftwerkes größere Gefahren in sich birgt und ein größeres Gefahrenpotential verkörpert als eine einfache Lagerung unter Einhaltung unterkritischer Abstände. Deswegen ist eine ausreichende Vorsorge zum Schutz der in der Umgebung des Kernkraftwerkes lebenden Menschen nur dann als gewährleistet anzusehen, wenn eine Kompaktlagerung nur in Ausnahmefällen und für möglichst kurze Zeit vorgenommen wird. Dies bedingt, daß möglichst bald mit der Errichtung zentraler Zwischenlager für abgebrannte Brennelemente begonnen wird, um sicherzustellen, daß die beim Kraftwerksbetrieb entstehenden radioaktiven Reststoffe rechtzeitig von dem Kraftwerksgelände entfernt werden können.

Das Gesetz begnügt sich indessen seit der Einführung des § 9 a Abs. 1 AtG nicht mit einer Entsorgungsvorsorge, die

sich

sich auf die Verbringung der abgebrannten Brennelemente in ein Zwischenlager beschränkt. Wenn es insoweit konkrete Maßnahmen in Form einer schadlosen Verwertung und geordneten Beseitigung radioaktiver Reststoffe und Abfälle verlangt, so setzt es hiermit zugleich den Nachweis der Möglichkeit dieser Maßnahmen voraus. Es fordert somit eine - bei Erteilung einer Teilerrichtungsgenehmigung lediglich summarische - Prüfung, inwieweit sich das Entsorgungskonzept der Bundesregierung und der Industrie (vgl. hierzu Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung vom 25.3.1977, Nr. 30 S. 277; Bericht über das in der Bundesrepublik Deutschland geplante Entsorgungszentrum für ausgediente Brennelemente aus Kernkraftwerken, herausgegeben von der Projektgesellschaft Wiederaufarbeitung von Kernbrennstoffen mbH. - Stand Dezember 1976) verwirklichen läßt.

Nach diesem Konzept sollen nicht die abgebrannten Brennelemente selbst, sondern lediglich die nach deren Wiederaufarbeitung verbleibenden unverwertbaren Stoffe endgelagert werden. Das Konzept setzt mithin die rechtliche Zulässigkeit und technische Realisierbarkeit der geplanten Wiederaufarbeitungsanlage voraus. Deren grundsätzliche rechtliche Zulässigkeit ergibt sich aus § 9 a Abs. 1 Nr. 1 AtG, da die dort erwähnte Verwertung der radioaktiven Reststoffe aus dem Betriebe von Leichtwasser-Reaktoren nur in einer Wiederaufarbeitungsanlage erfolgen kann. Voraussetzung ist allerdings, daß der Betrieb dieser Anlage mit dem Schutzzweck des § 1 Nr. 2 AtG vereinbar ist. Die Erteilung eines Planfeststellungsbeschlusses für eine solche Anlage hängt demzufolge vor allem davon ab, ob die nach § 7 Abs. 2 Nr. 3 (iVm § 9 b Abs. 3) AtG erforderliche Vorsorge gegen Gefahren getroffen werden kann. Diese Frage kann der Senat ohne Kenntnis der vorläufigen Sicherheitsberichte und der dazu ergangenen Stellungnahme der Gesellschaft für

Reaktorsicherheit

Reaktorsicherheit nicht beantworten. Nach den Äußerungen der an der Erarbeitung dieses Sicherheitsberichtes beteiligten Wissenschaftler und Techniker - soweit sie an der mündlichen Verhandlung vor dem Senat teilgenommen haben - besteht immerhin die Aussicht, daß die Sicherheitsprobleme der Wiederaufarbeitungsanlage bis zu dem Zeitpunkt, in dem eine weitere Zwischenlagerung aus Zeit- oder Platzgründen nicht mehr möglich ist, gelöst sein werden. Dies kann angesichts der hierfür noch zur Verfügung stehenden Zeit auch nicht für die Frage der Krypton-Rückhaltung ausgeschlossen werden, obwohl hier Forschungs- und Entwicklungsarbeiten erst am Anfang stehen. Die technischen Probleme der Abfilterung des Jod 129 und der Verhinderung der Emission aerosolförmigen Plutoniums dürften - freilich unter hohem Kostenaufwand - ebenfalls lösbar sein. Für die technische Realisierbarkeit der geplanten Großanlage spricht, daß eine - wenngleich viel kleinere - Pilotanlage in Gestalt der Wiederaufarbeitungsanlage Karlsruhe (WAK) seit längerem im Betrieb ist. Ohne dabei die mit dem Übergang von dieser Versuchsanlage auf eine Anlage von großindustriellem Ausmaß verbundenen Schwierigkeiten zu übersehen, bestehen nach Auffassung des Senats doch Aussichten, daß dieser Übergang, bei dem auch die bei ausländischen Anlagen gewonnenen Erfahrungen verwertet werden können, gelingen wird.

Das Entsorgungskonzept dürfte voraussichtlich auch dann nicht scheitern, wenn die Errichtung und der Betrieb "Schneller Brüter" verfassungswidrig wäre - abgesehen davon, daß bis zu dem Zeitpunkt, in welchem in einer künftigen Wiederaufarbeitungsanlage Plutonium als Brennstoff für einen Brutreaktor anfällt, die von dem OVG Münster vermißte gesetzliche Grundlage geschaffen sein kann. Denn das in einer Wiederaufarbeitungsanlage anfallende Plutonium kann - wie bereits dargelegt - auch als Brennstoff für Leichtwasserreaktoren Verwendung finden und erfordert darum zu

seiner

seiner "Beseitigung" nicht die Existenz "Schneller Brüter". Hierbei werden nicht die zusätzlichen Probleme verkannt, die sich aus dem Entstehen von nicht als Reaktorbrennstoff nutzbaren Transuranen ergeben.

Die Absicht, die bei der Wiederaufarbeitung anfallenden radioaktiven Abfälle nach geeigneter Konditionierung in einem Salzstock endzulagern, erscheint gleichfalls grundsätzlich realisierbar. Die Methode, flüssige Abfälle in Glas(-blöcken oder -kugeln) einzuschmelzen, wird für erfolgversprechend gehalten. Daß die Einlagerung radioaktiver Reststoffe in reinem Steinsalz diese vollkommen in der Biosphäre abzusondern vermag, leuchtet dem Senat nach den Ausführungen des Sachverständigen Prof. Hofrichter ein. Denn das Vorhandensein solcher Salzstöcke beweist einmal das Fehlen von Wasser; zugleich wirkt Salz stark strahlenhemmend. Das Hauptproblem erblickt nicht nur der Senat darin, ob es gelingt, ein genügend großes Salzlager ausfindig zu machen, in welchem das wegen seiner geringen Wärmebeständigkeit und der Abgabe von Kristallwasser bei höheren Temperaturen für die Endlagerung radioaktiver Abfälle ungeeignete Mineral Carnallit nicht vorkommt. Hierfür sind geologische Untersuchungen an Ort und Stelle erforderlich, von deren Ergebnis mithin die Verwirklichung des gesamten Entsorgungskonzeptes der Bundesregierung anhängt.

Zwar erscheinen solche Untersuchungen nach den Angaben von Prof. Hofrichter durchaus erfolgversprechend. Dies genügt indessen für die Erteilung der umstrittenen Genehmigung nicht. Ihr steht entgegen, daß bislang weder Bund noch Länder irgendwelche konkreten Maßnahmen getroffen haben, um die ihnen durch § 9 a Abs. 3 AtG übertragenen Aufgaben zu erfüllen. Dieser Mangel wird durch den von der Industrie vorgelegten vorläufigen Sicherheitsbericht für die geplante Wiederaufarbeitungsanlage nicht ausgeglichen. Denn damit sind lediglich die Energie-

versorgungsunternehmen und die Kraftwerksindustrie einer Pflicht aus § 9 a Abs. 1 AtG nachgekommen; die staatliche Beteiligung erschöpft sich hierbei in der Entgegennahme des Berichtes. Dies konnte Bund und Länder nicht von ihrer gleichzeitigen Verpflichtung aus § 9 a Abs. 3 AtG entbinden, deren schrittweise Erfüllung eine selbständige Voraussetzung für die Erteilung weiterer atomrechtlicher Genehmigungen darstellt. Hierbei ist zu berücksichtigen, daß der Bund "vorleistungspflichtig" ist. Denn da nach dem Entsorgungskonzept der Bundesregierung die Wiederaufarbeitungsanlage zur Vermeidung unnötiger Transportwege über der Endlagerstätte errichtet werden soll, da ferner eine Wiederaufarbeitungsanlage wegen der dort in großer Menge anfallenden hochradioaktiven Abfälle eine Endlagerstätte für solche Abfälle erfordert, hängt das gesamte Konzept in der Luft und hat der erwähnte Sicherheitsbericht bloß theoretischen Charakter, solange nicht feststeht, ob und an welcher Stelle eine Endlagerstätte eingerichtet werden kann.

Dem steht nicht entgegen, daß nach dem dem Entsorgungskonzept zugrunde liegenden Zeitplan die Endlagerung hochradioaktiver Anfälle frühestens 1994 begonnen wird (Bericht über das Entsorgungszentrum S. 11). Denn die Frage, ob auch künftig neue Atomkraftwerke genehmigt werden können, welche durch ihren Betrieb die Gesamtmenge radioaktiver Reststoffe und Abfälle laufend vermehren, stellt sich schon jetzt. Die Antwort auf diese Frage hängt entscheidend davon ab, ob bereits gegenwärtig hinreichende Gewähr dafür besteht, daß später die notwendigen Entsorgungseinrichtungen tatsächlich vorhanden sein werden.

Zwar kann der Bestimmung des § 9 a Abs. 3 AtG nicht unmittelbar entnommen werden, welche Schritte Bund und Länder bei der Erfüllung der ihnen hiernach obliegenden Aufgaben im einzelnen

zu unternehmen haben. Insoweit besteht ein Ermessensspielraum, der ihnen die nötige Flexibilität und Anpassung an die sachlichen Erfordernisse ermöglicht. Es dürfte allerdings der Sachlogik entsprechen, wenn am Anfang aller in Erfüllung der gesetzlichen Verpflichtung aus § 9 a Abs. 3 AtG getroffenen Maßnahmen die Suche nach einem geeigneten Standort für das Entsorgungszentrum stehen muß. Da die Realisierbarkeit des Entsorgungszentrums wesentlich von dem Ergebnis dieser Suche abhängt, erscheint es nicht sachgerecht, deren Beginn von dem Nachweis der Realisierbarkeit des Vorhabens abhängig zu machen. Ein solcher, stets unter dem Vorbehalt erfolgreicher geologischer Felduntersuchungen stehender "Nachweis" ist darum nicht geeignet, solche Untersuchungen zu ersetzen.

5. Bei dieser Sachlage führt eine Abwägung der widerstreitenden Interessen dazu, grundsätzlich dem Interesse der Antragsteller an der Wiederherstellung der aufschiebenden Wirkung den Vorzug vor den Interessen der Antragsgegner und der Beigeladenen am sofortigen Vollzug der Genehmigung zu geben. Es kann den Antragstellern nicht zugemutet werden, die Teilerrichtung des umstrittenen Kernkraftwerkes hinzunehmen, solange Bund und Länder zögern, die ihnen nach § 9 a Abs. 3 AtG zum Schutze der Bevölkerung obliegenden Verpflichtungen zu erfüllen, und solange die Energieversorgungsunternehmen nicht daran gehen, durch Schaffung von Zwischenlagern für radioaktive Reststoffe die bei einer Kompaktlagerung abgebrannter Brennelemente innerhalb der Kernkraftwerke möglichen Gefahren zu reduzieren.

Die schutzwürdigen Interessen der Antragsteller nötigen allerdings nicht dazu, auch die genehmigten Arbeiten zur Einrichtung und Sicherheit der Baustelle einzustellen; denn diese Arbeiten lassen sich ohne Mühe wieder rückgängig machen. Hingegen ist ein überwiegendes Interesse der Antragsteller an der vorläufigen Wahrung des status quo anzuerkennen, soweit es sich um den Beginn der eigentlichen Bauausführung handelt.

Dieses

Dieses Interesse ist jedoch nur solange schutzwürdig, bis der Bund und die Energieversorgungsunternehmen die ersten Schritte zur Behebung des derzeit bestehenden Mangels unternehmen und damit ihren ernsthaften Willen, die ihnen im Interesse der Bevölkerung obliegenden Schutzpflichten zu erfüllen, dokumentieren. Der Senat hat darum die aufschiebende Wirkung der Klagen auf den Zeitraum bis zur Einreichung eines prüffähigen Antrags für die Errichtung eines Zwischenlagers für abgebrannte Brennelemente an einem bestimmten Standort sowie bis zur Einleitung geologischer Untersuchungen und Ermittlungen eines geeigneten Standorts für die Endlagerung hochradioaktiver Abfälle beschränkt. Hierbei ist unter "Einleitung" der - nach Beseitigung etwaiger rechtlicher Hindernisse - von dem Bund oder dem gemäß § 9 a Abs. 3 AtG betrauten "Dritten" erteilte Auftrag an ein hierzu befähigtes Unternehmen oder eine Institution zu verstehen, an einem bestimmten Ort und zu einem bestimmten nahen Zeitpunkt mit den erforderlichen Untersuchungen zu beginnen.

6. Die Kostenentscheidung beruht auf § 155 Abs. 1 Satz 3 VwGO iVm § 100 Abs. 1 ZPO. Soweit durch die im Beschlußtenor ausgesprochene "Maßgabe" die Wirkungen des mit der Beschwerde angefochtenen Beschlusses eingeschränkt worden sind, sind die Antragsteller nur unwesentlich unterlegen. Die Antragsgegner haben ihre außergerichtlichen Kosten selbst zu tragen, da die Beigeladenen im Verhältnis zu ihnen nicht unterlegen sind. Die Antragsgegner haben im Beschwerdeverfahren eine ähnliche Stellung eingenommen wie die Beigeladenen selbst in erster Instanz. Daher erscheint es gerechtfertigt, die Bestimmungen der §§ 154 Abs. 3 und 162 Abs. 3 VwGO auf sie entsprechend anzuwenden. Der Ausspruch hinsichtlich der durch die wissenschaftlichen Beistände entstandenen Kosten dient der Klarstellung. Die bei der Verhandlung anwesenden Sachverständigen sind von den Beteiligten nicht als präsen- te Beweismittel gestellt und von dem Gericht nicht als solche

vernommen

vernommen worden. Kein Beteiligter kann jedoch von seinem Gegner Kostenerstattung deswegen verlangen, weil er sich wegen der Kompliziertheit der Materie einer Vielzahl sachverständiger Berater bedient, um seine Argumente dem Gericht unterbreiten und sich mit den Argumenten der Gegenseite auseinandersetzen zu können.

Dieser Beschluß ist gemäß § 152 Abs. 1 VwGO unanfechtbar.

Hennig

Sommer

Dr.Czajka